



Suchergebnisse: Waffen

19. Juni 1097 – Die Kreuzfahrer nehmen Nicäa ein

Nicäa * Die Kreuzfahrer nehmen Nicäa, die erste bedeutende Stadt unter islamischer Herrschaft, ein. Das Heer des Ersten Kreuzzugs besteht aus 40.000 Personen, von denen nur 4.500 Ritter oder Adelige sind. Der Rest sind nicht-waffenfähige Handwerker, Städter und Bauern. Das missfällt zwar den Führern der Kreuzzüge, da die Armen ernährt werden müssen. Doch die Kreuzzüge sind ja zugleich Pilgerfahrten.

6. Januar 1103 – Kaiser Heinrich IV. verkündet den Reichslandfrieden

Mainz * Mit dem durch Kaiser Heinrich IV. verkündeten Reichslandfrieden stehen alle Juden unter dem persönlichen Schutz des Kaisers. Das bedeutet aber, dass sie ab sofort keine Waffen mehr tragen dürfen und darauf angewiesen sind, sich von des Kaisers Truppen beschützen zu lassen. Das Gesetz begründet die Ausnahmestellung der Juden und zugleich ihre Wehr- und Waffenunwürdigkeit.

April 1146 – Bernhard von Clairvaux wirbt für die Teilnahme am Kriegszug

Vézelay * Bernhard von Clairvaux wirbt an Ostern für die Teilnahme am Kriegszug. Vor der Stadt Vézelay er auf einem freien Feld, wo sich Tausende von Menschen einfinden: hoher und niedriger Adel, Kleriker, Söldner und viele, die der himmlische Lohn lockt, oder die normalen Zugewinne im Krieg, oder beides. Der Zisterzienser-Abt predigt: „Du tapferer Ritter, du Mann des Krieges, jetzt hast du eine Fehde ohne Gefahr, wo der Sieg Ruhm bringt und der Tod Gewinn“. Bernhard von Clairvaux wendet sich auch an die Kriminellen und fordert sie zur Kreuzfahrt auf: „Ist es denn nicht eine ausgesuchte und allein für Gott auffindbare Gelegenheit, dass der Allmächtige Mörder, Räuber, Ehebrecher, Meineidige und mit anderen Verbrechen Belastete in seinen Dienst ruft. [...] Misstraut nicht, Sünder, der Herr ist bei euch!“ Und weiter: „Selige nenne ich die Generation, die den Zeitpunkt derart reichlicher Vergebung ergreift und dieses wahrhafte Jubeljahr lebend angetroffen hat. [...] Gürtet euch mannhaft und ergreift im Eifer für den christlichen Namen die Glück bringenden Waffen“. Die versammelte Menge ist derart begeistert, dass sie die Teilnahme an dem Kreuzzug gelobt und Bernhard, um genügend Stoffkreuze für die Gewänder der Kreuzfahrer zur Verfügung zu haben, seine Kleider zerreißen



muss. Die Kreuzzug-Ideologie ist inzwischen auf die verschiedensten Schauplätze christlicher Kriegsführung übertragbar gemacht worden. Deshalb soll der Zweite Kreuzzug nicht nur mehr im Nahen Osten, sondern gleichzeitig an zwei weiteren Fronten stattfinden: gegen die Mauren in Spanien und gegen die heidnischen Wenden im Norden Deutschlands.

1259 – Eine Straßenschlacht zwischen Templern und Johannitern

Akkon * In Akkon kommt es zu einer Straßenschlacht zwischen Templern und Johannitern mit Einsatz von Waffen. Das Abendland ist entsetzt und fordert die Zusammenlegung der beiden so ähnlichen Orden. Selbst das Konzil von Lyon beschäftigt sich mit dem Vorgang.

1450 – Das Isartor erhält sein größtes Ausmaß

München-Graggenau - München-Angerviertel * Das Isartor erreicht seine größte Ausdehnung. Diese Erweiterung und Verstärkung wird notwendig, weil sich die Waffentechnik der Angreifer grundlegend verändert hat. Die neuen Pulvergeschütze entwickeln sich zu einer ernsthaften Bedrohung für die herkömmlichen Burg- und Stadtmauern. Um die Befestigung zu stärken, errichtet man in einem Abstand von sieben bis neun Metern eine zweite Mauer parallel vor der bestehenden Stadtmauer. Diese sogenannte Zwingermauer ist mit durchschnittlich vier bis fünf Metern nur etwa halb so hoch wie die Hauptmauer. Der Zwischenraum zwischen beiden Mauern, der bis zu zwei Meter hoch aufgeschüttet ist, wird als Zwinger bezeichnet. Nach demselben Prinzip werden auch die Haupttore verstärkt. Dem bestehenden Hauptturm werden – im Zuge des Baus der Zwingermauer – zwei Vortürme vorgelagert. Die beiden achteckigen, drei Geschosse hohen Flankentürme sind durch ein hohes Mauerwerk, die sogenannte Barbakane, miteinander verbunden. So entsteht eine nach innen und außen abgeschlossene Torburg. Wer diesen Torzwinger betritt, muss damit rechnen, eingeschlossen zu werden: Vor ihm fällt das Fallgatter im Torturm herab, hinter ihm im Vortor. Statt der heutigen drei Torbögen gab es ursprünglich ein zentrales Mittelportal als Zugang beziehungsweise Zufahrt sowie je eine seitliche Schlupfporte. Vor dem Isartor führte eine Brücke über den Stadtgrabenbach. Rechts der Tordurchfahrt befand sich das städtische Zollhaus. Die am Isartor erhobenen Abgaben – Brückenzoll, Wasserzoll, Salzzoll, Pflasterzoll und Zoll für Trockengüter – zählten zu den einträglichsten Einnahmequellen der Stadt. Im Gebäude links der Tordurchfahrt war der Stadtwagner untergebracht. Er war für die Instandhaltung zuständig und bediente auch die vor dem Isartor gelegene Zugbrücke. Die mit Eisen beschlagenen Torflügel wurden bei Tagesanbruch geöffnet und bei Sonnenuntergang verriegelt. Ab dem Vesperläuten galt die



„kleine Torsperre“: Wer danach die Stadt betreten oder verlassen wollte, musste eine Gebühr entrichten. Mit dem Läuten der Glocken der Frauenkirche – im Sommer um 22 Uhr, im Winter eine Stunde früher – begann die „große Torsperre“. In der Nacht war München vollständig verriegelt.

10. Juni 1530 – Ein Manöverspiel für die kaiserliche Gefolgschaft

Ramersdorf - Haidhausen - München * Die kaiserliche Gefolgschaft wird kurz hinter Ramersdorf, auf einer Lüften genannten Schafweide, von einer festlich herausgeputzten Ritterschar begrüßt, die den Rahmen für ein Manöverspiel bilden. Wie der Historiker Sigmund Riezler in seiner Baierischen Geschichte berichtet, ist hier „mit den herzoglichen Heerpaukern und Trompetern die Reiterei der Landsassen und Hofbeamten aufgestellt, 550 Pferde stark, darunter etwa 300 in vollständiger Rüstung, Blankharnisch, Armzeug, Knieköpfen, die Rosse mit Eisenstrinen, alle in roten Röcken mit dem herzoglichen Wappen auf dem Ärmel, eine buntschimmernde Masse, überragt von langen, schwarz und weiß bemalten Spießen mit schwarzen Fransen. An den Anführern bewundert man damastene Röcke, goldene Ketten und vergoldete Waffen“. Jeder Reiter hat hinter sich einen Pagen, der ihm die Lanze und den Helm mit wallenden Federn trägt. Ein alter Kriegermann, der Ritter Dietrich von Knöringen, befehligt diese glänzende „cavalli alla borgognona“. Um den Empfangsplatz bilden einhundert Feldgeschütze - Quartanen, Schlangen, Falkonetlein und Mörser - einen Halbkreis, wobei die Zuschauer ganz besonders eine achtzehn Fuß lange, hölzerne, mit Eisenringen umwickelte Büchse interessiert. Diese haben baierische Truppen im Jahr 1525 vor Rastatt den aufständischen Bauern abgenommen.

1533 – Der Geschichtsschreiber Aventinus charakterisiert das baierische Volk

München * Der baierische Geschichtsschreiber Johannes Thurmayr, genannt Aventinus, charakterisiert das baierische Volk in seiner Chronik folgendermaßen: „Das Bayrisch volck (gemeinlich davon zu reden) ist geystlich schlecht [schlicht] und gerecht, get, läuft gern kyrchferten, hat auch viel kyrchfart; legt sich mer auf den ackerpau und das viech, dan auf dy krieg [...] bleibt gern dahaim, rayst nit vast auß in frembde land; trinckt seer, macht vil kinder [...].

Der gemain man, so auf dem gä [Gäu] und land sitzt, gibt sich auf den ackerpau vnd das viech, ligt demselbigen allain ob, darf sich nichts, on geschafft [Befehl] der öbrikait understeen, wirdt auch in kaynen rat genomen oder landschaft erfordert. Doch ist er sunst frey, mag auch frey ledig aigen gyeter [Güter] haben, dient seynem herren, der sunst kain gewalt yber yn hatt, Järliche gült, zins und scharwerck. Thut sunst was er will, sitzt tag und nacht bey dem weyn, schreyt singt tanzt karrrt [spielt Karten] spielt [spielt Würfel]; mag wer [Waffen] tragen, schweinspies, und



lange messer“.

6. August 1567 – Am Haßlang-Schlösschen wird ein Triebwerk eingehängt

Au * Am Haßlang-Schlösschen in der heutigen Lilienstraße wird ein Triebwerk in den Auer Mühlbach eingehängt. Damals übergeben die Herzöge Sigmund und Albert dem Hanns Platner von der Rosen einen Platz zum Lehen, damit er eine Mühle und einen Hammer erbauen kann. Die Urkunde hat folgenden Wortlaut: „Von gottes gnaden Wir Sigmund vnd Wir Albrecht gebrüdere Phallenz grauen bey Reine Hertzogen in Obern vnd Nidern Bairn [...] tun kunnt [...], Das wir vnnserm getrewen Hannsen Platner mit der Rosen von sunndern gnaden ainen Mulslag gelegen enthalb der Yser an dem Rain auf dem pach zwischen der Mul Neydegk und der Yserbrugken, Darauf er machen vnd slagen mag ain Sleifmul vnd obe er ainen platthamer auch darauf richten mocht [...]“.

1572 – Heinrich Schobinger kommt in den Besitz des Zaichingerhofes

Bogenhausen * Durch die Heirat mit Juliana Stadler im Jahr 1572 gelangt der Kaufmann und Waffenschmied Heinrich Schobinger der Jüngere in den Besitz des Zaichingerhofs an der Ismaninger Straße (109). Schobinger, Inhaber zahlreicher Ämter sowohl in der Münchner Bürgerschaft als auch im Dienst der baie-rischen Herzöge, Kurfürsten und des Kaisers, stammt aus einer angesehenen Kaufmannsfamilie aus Wyl im Kanton St. Gallen, die sich Anfang des 16. Jahrhunderts in München niedergelassen hat.

23. Mai 1583 – Das Kölner Domkapitel wählt Bischof Ernst zum Erzbischof von Köln

Köln * Das Kölner Domkapitel wählt den 28-jährigen baierischen Herzog Ernst, der bereits Herr über die drei Bistümer Freising, Hildesheim und Lüttich ist, einstimmig zum neuen Kölner Erzbischof und Kurfürsten. Damit ist die katholische Mehrheit bei der Kaiserwahl wieder gesichert. Zum Dank wird Fürstbischof Ernst unmittelbar nach seiner Wahl vom Papst bestätigt, obwohl das Konzil von Trient eine derartige Ämterhäufung strikt untersagt hat. Für das baierische Haus Wittelsbach bringt der Erfolg einen erheblichen Bedeutungszuwachs. Mit dieser Wahl erhält er den ersten Kurhut für die baierisch-wittelsbachischen Fürsten. Das Herzogtum Baiern erreicht mit Maximilian I. erst vierzig Jahre später diese Rangerhöhung. Außerdem sollen baierische Prinzen in den nächsten 178 Jahren die Kölner Kurwürde erreichen und viele Bistümer in Nordwestdeutschland regieren. Mit der Wahl Ernsts zum Kurfürsten wird eine protestantische



Mehrheit im Kurkolleg, das den Kaiser wählt, verhindert. Kurfürst Ernst kann allerdings nur geschützt von baierischen Waffen in Köln einziehen.

10. September 1626 – Ein Waffenstillstand mit den aufständischen Bauern

Linz * Ein Waffenstillstand zwischen den baierischen Truppen und den aufständischen oberösterreichischen Bauern wird für die Zeit vom 10. bis einschließlich 18. September 1626 geschlossen. Damit scheint der Oberösterreichische Bauernkrieg für beendet.

10. Mai 1641 – Die Bronzeputti auf dem Säulensockel der Mariensäule werden aufgestellt

München-Graggenau * Durch einen Erlass will Kurfürst Maximilian I. sicherstellen, dass die Mariensäule „in gebierender veneration, und respect erhalten, Insonderheit alle unsauberkeiten und verunehrungen verhietet und abgestellt werden“. Die Mariensäule wird deshalb mit einem Marmorgeländer mit den vier Bronze-Laternen umgeben. Auf dem Sockel der Mariensäule kommen im gleichen Jahr vier bronzene Heldenputti zur Aufstellung, die für Maria als „ecclesia militans“ [= „die in der Welt kämpfenden Kirche“] oder als Apokalyptisches Weib für die im Kampf der Konfessionen siegreiche katholische Kirche instrumentalisiert werden. Sie stellen eine Umsetzung des Psalm 91, Vers 13 dar: „Über die Schlange und den Basilisken wirst du schreiten, und den Löwen und den Drachen wirst du zertreten.“ In nahezu allen Veröffentlichungen über die Mariensäule verkörpert der Drache den Hunger, der Löwe den Krieg, der Basilisk die Pest und die Schlange den Unglauben oder falschen Glauben. Sie sollen, so die populäre Auffassung, die großen Plagen der Zeit veranschaulichen. Nach einer anderen Definition, die dem Programm des - im Jahr 1674 ausgebrannten - Zimmers der Religion in der Residenz entspricht, steht der Drache für die Häretiker [= Ketzer], der Löwe für die Heiden, die Schlange für die Juden und der Basilisk für die Schismatiker [= Protestanten, Kirchenspalter]. Aus einem Monument der persönlichen Frömmigkeit des Kurfürsten ist durch die Hinzufügung der Heldenputti zugleich ein „Denkmal des Triumphes des katholischen Glaubens über die Übel der damaligen Zeit“ geworden. Da Maximilian I. sowohl den Tag der Denkmalsweihe als auch das Datum für die alljährliche Dankprozession auf den Jahrestag der „Schlacht am Weißen Berg“ orientiert, macht er die Mariensäule auch zu einem unübersehbaren Symbol für den bisher größten Triumph baierischer Waffen über die protestantischen Feinde. Und damit macht er aus der Mariensäule eine Siegestsäule.

10. August 1664 – 20-jährigen Waffenstillstand mit den Türken vereinbart



Vasvár-Eisenburg * Kaiser Leopold I. schließt in Vasvár-Eisenburg mit den Osmanen den Friedensvertrag von Eisenburg für die Dauer von zwanzig Jahren ab.

27. September 1664 – Der Waffenstillstand von Vasvár-Eisenburg wird gültig

Vasvár-Eisenburg * Der zwischen Kaiser Leopold I. und den Türken unter Führung von Sultan Mehmed IV. in Vasvár-Eisenburg ausgehandelte 20-jährige Waffenstillstand wird nach der Ratifizierung des Vertrags vom 10. August gültig.

11. November 1698 – König Carl II. von Spanien ernennt Joseph Ferdinand zum Alleinerben

Madrid * König Carl II. von Spanien ernennt den sechsjährigen bayerischen Kurprinzen Joseph Ferdinand zum „Prinzen von Asturien“ und damit zum alleinigen Erben der spanischen Monarchie. Nun gibt sich der bayerische Kurfürst Max Emanuel, der inzwischen Therese Kunigunde, die Tochter seines ehemaligen Waffengefährten, des polnischen Königs Johann III. Sobieski, geheiratet und im Mai 1698 seinen Sohn nach Brüssel hat bringen lassen, zu weiteren hochfliegenden Zukunftsträumen hin. Wenn er großzügig den Besitz des Gesamthauses Wittelsbach zusammen zählt, dann sind die großen europäischen Dynastien überflügelt: Bayern, Spanien, beide Indien, Niederlande, Mailand, Neapel, Sizilien in einer Hand - Schweden, Kurpfalz, Jülich und Berg, Neuburg, Köln, Lüttich und Berchtesgaden sind von Verwandten besetzt. Das Testament des spanischen Königs stößt aber auf den Widerstand von Frankreich und Österreich. Damit kann die politische Zukunft für den Thronfolger keineswegs als gesichert angesehen werden.

2. November 1700 – Kurfürst Max Emanuel befindet sich in einem Dilemma

Brüssel - München * Bayerns Kurfürst Max Emanuel befindet sich nun in einem Dilemma. Der neue spanische König ist zwar sein Neffe, aber wie sollte er sich als Statthalter der spanischen Niederlande gegenüber einem König verhalten, der von mehreren Seiten nicht anerkannt wird? Wie soll er sich mit seinen bisherigen Waffenbrüdern verständigen? Und vor allem, wie kann er in dieser Situation noch das Maximalste herausholen? Um seinen Wünschen nach Rangerhöhung doch noch ein Stück näher zu kommen, bereitet der bayerische Kurfürst einen Bündniswechsel in Richtung Frankreich vor.



7. November 1704 – Der Waffenstillstandsvertrag von Ilbesheim

Ilbesheim * Therese Kunigunde, seit 17. August 1704 Regentin Baierns, schließt mit Kaiser Leopold I. den Waffenstillstandsvertrag von Ilbesheim, durch den Baiern aus dem Spanischen Erbfolgekrieg ausscheidet. Der Kurfürstin verbleibt der größte Teil des Rentamtes München. Das gesamte restliche Kurfürstentum wird von der habsburgischen Kaisermacht besetzt. Außerdem beinhaltet der Ilbesheimer Vertrag die Auflösung des bayerischen Heeres mit Ausnahme einer 400 Mann starken Garde, die Übergabe der Festungen an die Kaiserlichen sowie die Verpflichtung der Kurfürstin „gegen Sr. kaiserl. Majestät und das heilige römische Reich nichts Nachtheiliges oder Schädliches gestatten, hegen und noch weniger vernehmen [zu] lassen.“

22. November 1705 – Georg Sebastian Plinganser ruft alle Baiern zu den Waffen

Kurfürstentum Baiern * Unter dem Pseudonym „J. H. Wormbs“ erlässt Georg Sebastian Plinganser ein Mandat, dass „alle nichtadligen und unverheirateten kurbaierischen Untertanen“ zu den Waffen ruft. Als Ziel nennt das Mandat, man solle „mit vereinten Kräften auf die Feinde losgehen, solche aus dem Lande völlig zu vertreiben, nächstdem die alt churbaierische Libertät empor zu heben“. Damit wird der Volksaufstand gegen die Ausplünderung der Landbevölkerung zur Erhebung gegen die Besatzungsherrschaft des Kaisers.

10. Dezember 1705 – Der Kongress von Anzing vereinbart einen zehntägigen Waffenstillstand

Anzing * Zwischen gemäßigten Burghauser Delegierten und Vertretern der Landschaft kommt es - mit Einverständnis der Kaiserlichen Administration zum Kongress von Anzing, der die Beschwerden der Aufständischen formuliert und einen zehntägigen Waffenstillstand vereinbart. Die Braunauer Aufständischen um Georg Sebastian Plinganser bleiben jedoch auf Konfrontationskurs.

16. Dezember 1705 – Der vereinbarte Waffenstillstand wird gebrochen

Niederbairern * Der auf dem Kongress von Anzing vereinbarte Waffenstillstand wird von den niederbayerischen Bauern gebrochen und die Kampfhandlungen wieder aufgenommen.

17. Dezember 1705 – Die Unterländer greifen die kaiserlichen Truppen an



Niederbayern * Der Zulauf zu den aufständischen Unterländern ist so groß, dass deren Oberkommandant Johannes Hoffmann den Anzinger Waffenstillstand bricht und die kaiserlichen Truppen des Freiherrn Johann Baptist de Wendt angreift.

18. Dezember 1705 – Eine Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen

Tölz * Im Tölzer Franziskanerkloster treffen sich die Beamten und Gemeindeobmänner des Gerichts Tölz und Umgebung. Mit anwesend sind der Pflegkommissär Maximilian Alram aus Valley, der ehemalige baierische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs und die Offiziere. Den Anwesenden wird in einer Mischung aus Halbwahrheiten und maßlosen Übertreibungen eröffnet, dass die Kaiserliche Administration die kurfürstlichen Prinzen aus München entführen möchte, weshalb einige Adelige und die Münchner Bürgerschaft dringend bitte, dass man im Oberland zu den Waffen greifen und die Kaiserlichen aus München vertreiben soll. Aus dem Rentamt München wären dazu 20.000 Mann bereit. Und aus dem Unterland erwartet man weitere 8.000. Außerdem haben die Münchner versprochen, dass sie die Aufständischen ohne Verlust eines einzigen Mannes und ohne einen Schuss Pulver in die Stadt schleusen würden. Den Beamten erklärt man, dass der „Marsch nach München“ den Intensionen des Kurfürsten entspräche, wie der Brief vom 9. Dezember 1705 beweise. Es wird für die Gerichte südlich von München ein Aufgebotsbefehl erlassen.

19. Dezember 1705 – Die Kaiserliche Administration befiehlt, die Waffen niederzulegen

München * Die Kaiserliche Administration erlässt ein Mandat, in dem sie der „rottirten rebellischen Burschaft“ befiehlt, die Waffen niederzulegen. Zudem sollen die Bauern die Anführer der Aufstandsbewegung zur Anzeige bringen. Die Kaiserliche Administration warnt davor, „daß diejenige Dörffer, Höf und Häuser, wo die Bauerschaft sich abwesend befindet, ohne alle Gnad und Bedenken verbrennet und in Asche geleet, diejenige Mannschaft aber, so in Wöhr und Waffen verblieben, und darinne erdappet werden wird, als Rebellen angesehen, und mit Galgen und Schwerdt, Vertreibung ihrer Haab und Gütter gestrafft“ werden. Auch die Eltern der Aufständischen würden „der Straff des Brands und Plünderung, als wann sie selbst dabey wären, underworffen seyn“. Keiner könne sich damit entschuldigen, nur unter Zwang gehandelt zu haben.

23. Dezember 1705 – Ein bäuerliches Aufgebot trifft sich in Schäftlarn



Schäftlarn * Ein bäuerliches Aufgebot von rund 3.000 Mann aus den verschiedensten Gerichtsbezirken und Hofmarken treffen sich in Schäftlarn. Vom Landgericht Tölz 500 Mann, vom Klostergericht Benediktbeuern 200 Mann, vom Klostergericht Tegernsee 200 Mann, aus den Hofmarken Reichersbeuern, Sachsenkam und Dietramszell 100 Mann, vom Landgericht Aibling und der Grafschaft Hohenwaldeck 600 Mann, aus der Grafschaft Valley 300 Mann, vom Landgericht Rosenheim 70 Mann, vom Landgericht Starnberg 200 Mann und vom Landgericht Wolfratshausen 600 Mann. Etwa ein Drittel der Männer haben Gewehre, der Rest ist mit den typischen Bauernwaffen ausgestattet. Das Aufgebot umfasst 300 Reiter und verfügt über sechs Geschütze. Am Nachmittag treffen sich in Schäftlarn die Anführer der Aufständischen zu ihrer ersten Beratung. Das Kommando über den gesamten Heerhaufen wird dem kurbaierischen Hauptmann Matthias Mayer übertragen. Er weigert sich und übernimmt den Oberbefehl erst nach massivem Druck. Zum Unterkommandanten wird Leutnant Johann Houis ernannt. Die Schützen führt der „Jägeradam“ Schöttl, die Reiterei der Tölzer Pflegskommissär Joseph Ferdinand Dänkel an. Als am Abend ungünstige Nachrichten aus München eintreffen, wollen Hauptmann Matthias Mayer und eine ganze Reihe von Beamten das ganze Vorhaben abblasen. Doch Pflegskommissär Dänkel, Kriegskommissär Fuchs und der Münchner Weinwirt Jäger setzen sich mit aller Kraft für den „Marsch nach München“ ein.

25. Dezember 1705 – Die Aufständischen in Untersendling sind vollkommen eingeschlossen

Untersendling * Gegen 10 Uhr sind die Aufständischen in Untersendling vollkommen eingeschlossen. Angesichts der anrückenden Kaiserlichen Armee ergreift der Student Anton Passauer die Flucht. Der Jägerwirt Johann Jäger aus München legt sich als Kranker in der Wirtschaft ins Bett. In dieser Notsituation wird Hauptmann Matthias Mayer wieder das Oberkommando der Aufständischen-Armee übertragen. Ihm bleibt nur noch die undankbare Aufgabe, sein eigenes und das Leben seiner Mitstreiter zu retten. Dazu lässt er Chamade schlagen und durch einen Tambour an Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum melden, dass sich die Führer auf „Gnade oder Ungnade“ ergeben. Er bittet zudem, den Bauern das Leben zu schenken. General von Kriechbaum fordert daraufhin die Anführer der Oberländer auf, ihre Waffen niederzulegen. Als Matthias Mayer, Johann Clanze und Landleutnant xxxxx Heller das Dorf verlassen, drängen auch die Bauern hinter ihnen auf das freie Feld, legen ihre Waffen nieder und bitten um Gnade. Die Kaiserliche Kavallerie stürzt sich nun aber auf die Wehrlosen und haut sie nieder. Im Anschluss daran feuert die Infanterie auch noch zwei oder drei Salven in den Haufen. Diejenigen, die noch leben oder fliehen können, werden von den Kaiserlichen gnadenlos verfolgt und niedergestreckt. Selbst die Kirche ist kein sicherer Zufluchtsort.



30. Dezember 1795 – Unbefristeter Waffenstillstand mit Frankreich

Kreutznach * Österreich und seine süddeutschen Verbündeten vereinbaren mit Frankreich einen unbefristeten Waffenstillstand auf dem deutschen Kriegsschauplatz. Preußen tritt aus der Koalition aus.

21. Mai 1796 – Der Waffenstillstand mit Frankreich wird aufgekündigt

Wien - Paris - München * Kaiser Franz II. kündigt den Waffenstillstand mit Frankreich wieder auf. Daraufhin ergreift Kurfürst Carl Theodor Partei gegen Frankreich, um Österreich keinen Vorwand zu einer Intervention zu bieten.

7. September 1796 – Neuer Sturm auf die Isarbrücke

München - Pfaffenhofen * Die französische Revolutionsarmee eröffnet einen neuen Sturm auf die Isarbrücke. Zur gleichen Zeit handeln die Baierischen Landstände mit den Franzosen in Pfaffenhofen einen Waffenstillstand aus.

April 1800 – Die Alte Isarkaserne in der Beschreibung

München * Einer Beschreibung der Isarkaserne ist zu entnehmen: „Die Kaserne liegt außerhalb der Stadt, jenseits des Isar-Flusses, auf einer sogenannten Insel.“ Das zweigeschossige Hauptgebäude ist rund 140 Meter lang; das Erdgeschoss dient größtenteils als Pferdestall. Die Isarkaserne bietet Platz für insgesamt 954 Mann. Dafür stehen 62 Zimmer und 14 Küchen zur Verfügung. Die Isarkaserne ist über viele Jahrzehnte die zentrale Kavallerieunterkunft Münchens. Als Kavallerie - auch Reiterei genannt - bezeichnet man jene Waffengattung der Landstreitkräfte, die zu Pferd kämpft und bis ins späte 19. Jahrhundert hinein eine bedeutende Rolle in der militärischen Taktik spielt. Erst die fortschreitende Entwicklung von Feuerwaffen führte allmählich zum Niedergang der Reiterei als schlagkräftigem Truppenteil. Südlich des Hauptgebäudes befindet sich ein Exerzierplatz, der für die Ausbildung der berittenen Truppen genutzt wurde.

8. September 1800 – Marschall Moreau kündigt den Waffenstillstand von Parsdorf



München * General Jean-Victor-Marie Moreau kündigt den Waffenstillstand von Parsdorf. Nun sammeln sich in München erneut die französischen Truppen. Da die Kasernen sofort voll sind, quartiert man die Mannschaften im kurfürstlichen Seidenhaus, im ehemaligen Jesuiten-Seminar und in den Klöstern der Franziskaner, Theatiner und Karmeliter ein. Neben den Besatzungssoldaten bevölkern auch zunehmend immer mehr Deserteure der kaiserlichen Armee die Stadt. Auch pfalz-baierische Soldaten, die sich schlecht behandelt fühlen und aus diesem Grund nicht mehr unter österreichischem Befehl kämpfen wollen, laufen den Kaiserlichen reihenweise davon. Zeitweise halten sich etwa 500 dieser Fahnenflüchtigen in München auf.

20. September 1800 – Verlängerung des Waffenstillstands

München * Franzosen und Österreicher handeln eine Verlängerung des Waffenstillstands aus.

25. Dezember 1800 – Neuer Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich

Steyr * In Steyr wird ein neuer Waffenstillstand zwischen Frankreich und Österreich geschlossen. Nach der für die Revolutionstruppen siegreichen Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800 ist Frankreich endgültig zur dominanten und im Südosten des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation militärisch präsenten Macht geworden. Österreich muss erkennen, dass sich der Krieg gegen Frankreich nicht erfolgreich weiterführen lässt.

9. Februar 1801 – Der Frieden von Lunéville

Lunéville * Der Waffenstillstand von Steyr vom 25. Dezember 1800 mündet in den Frieden von Lunéville. Österreich und seine deutschen Verbündeten scheiden damit aus dem Zweiten Koalitionskrieg aus. Bei diesen Friedensverhandlungen versuchen die Österreicher von Frankreich die Zustimmung für die Angliederung Baierns zu bekommen. Ob Preußen oder Österreich, alle schauen nur auf ihren eigenen Vorteil. Das Interesse der Verbündeten bleibt dabei freilich auf der Strecke. Als allerdings diese habsburgischen Annexionsbegehren in Baiern ruchbar wird, ist es verständlicherweise mit der Loyalität gegenüber dem Bündnispartner nicht mehr allzu weit her. Alte, tief verankerte Vorurteile kommen wieder hoch und verstärken sich. Das Kurfürstentum Baiern steht mit dem Rücken an der Wand und muss sich nun primär um seine Existenzsicherung kümmern.



4. Dezember 1805 – Der Waffenstillstand von Znaim wird geschlossen

Znaim * Der Waffenstillstand von Znaim wird geschlossen.

10. Dezember 1805 – Baierns Territorium soll erweitert und Königreich werden

Brünn * Im französisch-bayerischen Vertrag von Brünn belohnt der Franzosenkaiser Bayern für seine Waffenhilfe und sichert ihm erneut zu, dass er im bevorstehenden Friedensvertrag mit Österreich Kaiser Franz II. die Abtretung Vorarlbergs, der Gebiete in Schwaben und der Reste von Eichstätt und Passau zugunsten Baierns auferlegen will. Außerdem soll der Kaiser in Wien auf jegliche Oberhoheit über den Kurfürsten von Bayern, der den Königstitel annehmen wird, verzichten. Zudem sichert der französische Kaiser im Vertrag von Brünn Bayern die erbliche Königswürde zu. Bereits im Vertrag von Bogenhausen hatte sich Napoleon Bonaparte verpflichtet, im Falle eines siegreichen Kriegsausgangs für eine weitere Vergrößerung Baierns einzutreten.

2. Januar 1806 – Ein Militärspektakel mit erbeuteten Waffen

München * Ein ursprünglich für den Neujahrstag geplantes Militärspektakel muss wegen der Königsproklamation auf den 2. Januar verlegt werden. Dabei werden Kanonen, Gewehre und Fahnen präsentiert, die einst von kaiserlichen Soldaten als Trophäen nach Wien gebracht und nun von Napoleon als Zeichen der Verbindung von Frankreich und Bayern sowie der gemeinsamen Abgrenzung gegenüber Österreich im Triumph zurückgeführt worden waren.

3. April 1807 – Mandat zur Neuorganisation des Bürgermilitärs

München * Das „Mandat über die Uniformierung und Organisation des bürgerlichen Militärs in den Städten, Flecken und Märkten des Königreichs“ wird erlassen. Es bildet eine allgemein verbindliche Rechtsgrundlage für den Wach- und Sicherheitsdienst des Bürgermilitärs, denn bisher hatten die Bürger diese Aufgabe ja freiwillig erfüllt. Wichtigster Punkt für den Staat ist die neue allgemeine Musterungspflicht aller Bürger zum Bürgermilitär. Untaugliche müssen eine Wehersatzgebühr bezahlen. Als Gegenleistung gesteht der Staat den Offiziers- und Unteroffizierskorps der einzelnen Waffengattungen des Bürgermilitärs ihre Ergänzung und Beförderung zu höheren Chargen zu. Über die Aufgabe des Bürgermilitärs sagt das Mandat folgendes: „[...] Nie kehrt der



Bürger seine Waffen gegen den äusseren Feind. Seine Bestimmung bleibt ausschliessend, den friedlichen, rechtlichen Einwohner zu beschützen, und die Wirkungen des Gesetzes gegen polizeiliche Vergehungen und das Verbrechen zu unterstützen. Er übernimmt demnach bei dem Abzuge der Feldregimenter aus den Garnisonen den Dienst daselbst, besorgt denselben in jenen Städten, wo keine gewöhnliche Garnison liegt, für beständig, um durch auszusendende Sicherheits-Patrouillen die Umgebungen vor allem, der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gefährlichen Gesindel rein zu halten.“ Das unmittelbare Kommando über das lokale Bürgermilitär hat der jeweils ranghöchste beziehungsweise rangälteste Bürgeroffizier. Dieser untersteht wiederum in einer Garnisonsstadt der militärischen Stadtkommandantschaft, ansonsten dem zivilen Landrichter oder Polizeidirektor. Der Vorschlag für ein Pferderennen aus Anlass der Kronprinzenhochzeit (1810) kommt aus den Reihen der Königlich-Baierischen Nationalgarde III. Klasse. Diese entwickelte sich aus dem Städtischen Wehrwesen. Dieses Münchner Bürgermilitär gehört nicht im eigentlichen Sinne zur Münchner Garnison. Die traditionelle Abgrenzung von Armee und Bürgertum beziehungsweise von Garnison und Bürgerwehr bleibt bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen.

12. März 1809 – Die baierischen Behörden wollen in Tirol Rekruten „ausheben“

Innsbruck * Die baierischen Behörden wollen in Axams bei Innsbruck erstmals in Tirol Rekruten „ausheben“. Weil sich die betroffenen Burschen in den Wäldern verstecken, schwärmen Patrouillen aus, um die Entlaufenen festzunehmen. Als eine baierische Patrouille zwei bewaffnete junge Männer festnehmen will, werden sie in die Flucht geschlagen. Daraufhin wird das Militär in Alarmbereitschaft gesetzt. Jetzt greifen die Bauern zu den Waffen, nehmen baierische Soldaten gefangen, entwaffnen sie und schicken sie nach Innsbruck zurück.

10. April 1809 – Die Nachricht vom Kriegsbeginn verbreitet sich in ganz Tirol

Tirol * Die Nachricht vom Kriegsbeginn und der Vormarsch der österreichischen Truppen verbreitet sich in ganz Tirol wie ein Lauffeuer. Auf Flugzetteln, die selbst in den hintersten Tälern kursieren, wird die Bevölkerung zu den Waffen gerufen. Eine starke baierische Einheit greift das Dorf Axams zur Strafexpedition an. Die Bayern stoßen dabei auf bewaffneten Widerstand. Es fallen Schüsse, in denen der erste baierische Soldat stirbt. Erzherzog Karl überschreitet in der Zwischenzeit mit der Hauptmacht der österreichischen Armee den Inn und marschiert in Richtung München.



12. Juli 1809 – Die österreichischen Truppen müssen Tirol und Vorarlberg verlassen

Tirol * Erzherzog Karl muss bei Znaim einen Waffenstillstand unterzeichnen. Laut Artikel 4 müssen die österreichischen Truppen Tirol und Vorarlberg verlassen.

1. November 1809 – Es kommt zur vierten und letzten Schlacht am Bergisel

Innsbruck - Bergisel * Es kommt zur vierten und letzten Schlacht am Bergisel. 20.000 baierische Soldaten stehen etwa 8.500 Tirolern unter der Führung des Sandwirts Andreas Hofer gegenüber. Die Schlacht ist nach knapp drei Stunden entschieden. Die - von baierischer Seite „Rebellen“ oder „Insurgenten“ genannten - Aufständischen vernichtend geschlagen. Der Aufstand der Tiroler und die zunächst vergeblichen Versuche, Tirol zurückzuerobern, sind in den Augen Napoleons eine militärische Schande, die seinen Ruf als unbesiegbaren Feldherrn beschädigt. Dies führt dazu, dass der Franzose eine Teilung für notwendig erachtet. Die Südtiroler nehmen an den Kämpfen nicht mehr teil. Rund einhundert Abgeordnete versammeln sich in Bozen, beschließen die Niederlegung der Waffen und informieren Andreas Hofer darüber.

6. November 1809 – Eine Abordnung der Tiroler Aufständischen wird empfangen

Tirol * Jakob Sieberer und Josef Daney, die Abordnung der Tiroler Aufständischen, werden vom italienischen Vizekönig empfangen. Eugène Beauharnais bestätigt in einem Schreiben die wichtigsten Punkte der Friedensproklamation vom 25. Oktober. Darunter auch die Straffreiheit der Rebellen, obwohl die Tiroler die Waffen nicht niedergelegt haben.

8. November 1809 – Andreas Hofer ändert ständig seine Meinung

Tirol * Jakob Sieberer und Josef Daney halten Andreas Hofer die „Ströme zwecklos jetzt noch zu vergießenden Menschenbluts, Städte und Dörfer in Asche“ vor und dass er das Land in Not und Elend, tausende Familien an den Bettelstab und seine treuen Anhänger an den Galgen bringen würde. Wieder ändert Andreas Hofer seine Meinung, denn „unser lieber Herrgott und die Mutter Gottes werd'n wohl all's recht mach'n“. Daney und Sieberer verfassen einen Aufruf, der zur Niederlegung der Waffen aufruft. Andreas Hofer unterzeichnet das Schreiben, das daraufhin in Abschrift im ganzen Land verteilt wird. An der Mühlbacher Klause überfallen Südtiroler Aufständische auf Hofers Aufruf vom 5. November hin französische Truppen. 500 Soldaten kommen dabei ums Leben.



12. November 1809 – Italiens Vizekönig Eugène Beauharnais erlässt eine Proklamation

Tirol * Italiens Vizekönig Eugène Beauharnais erlässt eine Proklamation, derzufolge jeder erschossen wird, der noch zu den Waffen greift oder auch nur eine Waffe versteckt hält.

8. Dezember 1809 – Letzter Waffengang zwischen Tiroler Aufständischen und Bayern

Tirol * Den letzten Waffengang liefern sich Tiroler Aufständische und bayerisch-französische Truppen vor Ainet im Iseltal.

19. Mai 1832 – Der Neustadter Stadtrat richtet eine uniformierte Sicherheitsgarde ein

Neustadt * Der Neustadter Stadtrat richtet - neben der Gendarmerie - eine aus Neustadter Bürgern zusammengesetzte, uniformierte Sicherheitsgarde ein. Das Tragen von Feuer- und sonstigen Waffen wird verboten.

4. März 1848 – Die Stürmung des Zeughauses

München * An diesem Faschingssamstag kommt es zur Stürmung des Zeughauses. Mehrere Gerüchte machten in München die Runde. Ein Gerücht lautet: „Der König hat alles zurückgenommen. Er will von den Bürgern nichts mehr wissen“. Ein anderes spricht von bewaffneten Bauern, die vor den Stadttoren lauern. Sie „wollen die Regierung stürzen und in der Stadt sengen und brennen“. Um 14 Uhr wird bekannt, dass die Landwehr mit dem sogenannten Generalmarsch mobilisiert worden ist. Damit ist faktisch der Ausnahmezustand ausgerufen. In dieser Stimmung aus Angst vor einem militärischen Übergriff oder vor anarchischen Zuständen durch Vorstädter aus der Au oder Haidhausen, kommt es an zur Stürmung des Zeughauses. Das Korn- und Geschützhaus am Jakobsplatz, dem heutigen Stadtmuseum, wird ohne Blutvergießen gestürmt und die Waffen aller Gattungen ausgegeben. Der mehrere Tausend Menschen umfassende und bewaffnete Demonstrationszug zieht bis zum Promenadeplatz, wo sich das bewaffnete Bürgertum mit der dort versammelten Landwehr vereinigen will. Doch zwischen den beiden Lagern hat inzwischen das Militär mit schwerer Ausrüstung und vier Kanonen Stellung bezogen. In dieser angespannten Situation erscheint rechtzeitig Prinz Carl, der Bruder des Königs und seit 1841 bayerischer Feldmarschall. Er kann die Situation mit der Aussage beruhigen, dass die Stände bereits zum 16. März einberufen werden. Erstaunlicherweise reicht den Münchnern diese - eigentlich



lächerliche - Zusage. Sie legen die Waffen nieder und bringen das Kriegszeug brav wieder zurück ins Korn- und Geschützhaus.

13. März 1848 – In Wien beginnen Straßenkämpfe

Wien * Die Forderungen des Landtagsabgeordneten Lajos Kossuth werden in Wien mit Petitionen unterstützt und im Ständehaus beraten. Vor dem Gebäude demonstrieren Studenten, Bürger und Arbeiter, die den Rücktritt des verhassten Staatskanzler Klemens Wenzel von Metternich fordern. Metternich personifiziert für sie ein repressives, jegliche Freiheitsregung rücksichtslos verfolgendes System. Die Stimmung eskaliert, als am Nachmittag das Militär die Demonstranten plötzlich mit Waffengewalt angreifen. Es beginnen Straßenkämpfe in der Innenstadt und in den Vorstädten, die mehrere Dutzend Opfer fordern.

18. März 1848 – In Berlin kommt es zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf

Berlin * In Berlin kommt es in der Nacht vom 18. auf den 19. März zu einem erbittert geführten Barrikadenkampf. Vor dem Berliner Stadtschloss hat sich eine große Menschenmenge versammelt, um auf die Antwort des Königs auf die Märzforderungen der Berliner Bürgerschaft zu warten. Als während der Verlesung eines Patents von König Friedrich Wilhelm IV. zu den Reformen in Preußen auf der anfangs friedlichen Versammlung revolutionäre Parolen laut wurden, fallen zwei - angeblich versehentlich ausgelöste - Schüsse. Das ist das Signal für einen Barrikadenkampf. Innerhalb von wenigen Stunden türmen sich im Zentrum von Berlin die Barrikaden auf. Das Militär geht mit großer Härte und Brutalität auch gegen Unbeteiligte in den Häusern vor. Dennoch kann sich das Militär nicht durchsetzen. Als Bedingung für einen Waffenstillstand muss der König am 19. März seine Truppen abziehen.

April 1853 – Meiller kauft die Waffenschmied-Gerechtsame des Georg Buchwieser

Vorstadt Au * Lorenz Meiller kann der Witwe des Georg Buchwieser um 2.450 Gulden die Waffenschmied-Gerechtsame abkaufen. Nun stellt das Unternehmen zunächst Bauwerkzeuge wie Pickel, Schaufeln, Hauen und Hacken her.



2. August 1866 – Waffenstillstand zwischen Preußen und Bayern

??? * Der Waffenstillstand zwischen dem Königreich Preußen und dem Königreich Bayern wird geschlossen.

1. September 1870 – Massaker in Bazeilles

Bazeilles * Bayerische Truppenteile greifen Bazeilles an. Der Kampf endet mit der völligen Vernichtung des Ortes. Ein Teil der Einwohner war bereits am Vorabend der Kämpfe geflohen. Dem in Bazeilles gebliebenen Teil der Bevölkerung wird die Beteiligung an Schießereien gegen die Bayern vorgeworfen. Zwar wird keiner der Zivilisten mit Waffen angetroffen, dennoch ermorden bayerische Soldaten noch am 1. September vierzig Frauen und Männer aus dem Ort, weitere 150 in den folgenden Tagen. Zudem werden 363 Häuser in Bazeilles niedergebrannt. Der Kampf um Bazeilles ist für die Bayerische Armee besonders verlustreich und gilt in der deutschen Öffentlichkeit als „Ein blutiger Beitrag zur Bayerischen Waffenehre, ein ehrenvoller Kitt für die Deutsche Einigkeit“.

2. September 1870 – Kaiser Napoleon III. begibt sich in preußische Gefangenschaft

Sedan * Nachdem über der Festung Sedan eine weiße Flagge gehisst worden ist, schweigen die Waffen. Preußenkönig Wilhelm I. schickt daraufhin zwei deutsche Parlamentäre zur Festung, um die Übergabe zu fordern. Sie werden direkt zu Kaiser Napoléon III. geführt, von dessen Anwesenheit die Deutschen bisher nichts gewusst haben. Gegen 19 Uhr wird das Kapitulationsangebot an König Wilhelm von Preußen übergeben. Der französische Kaiser Napoleon III. begibt sich in preußische Gefangenschaft und mit ihm 83.000 Offiziere und Soldaten. Zusätzlich waren schon während der Kampfhandlungen 21.000 Mann gefangen genommen worden. Frankreich hat damit keine handlungsfähige Armee mehr im Felde, weil die anderen 180.000 Mann nach wie vor in Metz eingeschlossen sind. Nur ein Korps hat sich der Einkesselung bei Sedan entziehen können und ist damit der letzte einsatzfähige Rest des französischen Feldheeres.

19. September 1870 – Erste Friedensverhandlungen in Ferrières-en-Brie

Ferrières-en-Brie • Der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck und Jules Favre, Außenminister und Repräsentant der französischen republikanischen Regierung, verhandeln im



deutschen Hauptquartier in Ferrières-en-Brie über einen möglichen Friedensschluss. Bismarck bietet Favre einen 14-tägigen Waffenstillstand an. In dieser Zeit könnten die Wahlen zu einer neuen Nationalversammlung stattfinden. Er erhofft sich damit ein Wahlergebnis, das eine monarchisch orientierte Mehrheit hervorbringt und ihm die Verhandlungen erleichtert. Favre lehnt jedwede Abtretung französischen Territoriums ab, Bismarck besteht darauf, dass Straßburg und das Elsass deutsch werden muss.

23. September 1870 – Die Friedensverhandlungen werden ergebnislos beendet

Ferrières-en-Brie • Die Verhandlungen über einen Friedensschluss zwischen Otto von Bismarck und Jules Favre werden ergebnislos abgebrochen.

28. Januar 1871 – Der Waffenstillstand mit Frankreich tritt in Kraft

Berlin - Paris * Der Waffenstillstand mit Frankreich tritt in Kraft.

15. Februar 1871 – Weitreichende deutsche Forderungen

Bordeaux - Versailles • Die deutschen und die französischen Verhandlungsführer einigen sich auf eine Verlängerung des Waffenstillstands bis zum 26. Februar und weiten ihn auf ganz Frankreich aus. Das Deutsche Reich forderte von Frankreich das Elsass und Teile von Lothringen, dazu eine Entschädigung von sechs Milliarden Goldfranc sowie eine Parade der deutschen Truppen in Paris. Die Besetzung der Stadt sollte bis zur Unterzeichnung eines vorläufigen Friedensvertrages anhalten. Bis zur Abwicklung der vollständigen Zahlung - vorgesehen ist der 2. März 1874 - sollen deutsche Truppen stationiert bleiben und Teile des Landes besetzen.

16. Februar 1871 – Die Festung Belfort kapituliert

Belfort • Die Festung Belfort kapituliert auf Weisung der französischen Regierung, ohne militärisch besiegt zu sein. Die Übergabe war zur Bedingung für die Verlängerung des Waffenstillstandes gemacht worden. Die Garnison erhält freien Abzug unter Mitnahme ihrer Waffen und Feldgeschütze.



21. Mai 1881 – „Das Münchener Aquarium“, Münchens erstes Panoptikum, wird eröffnet

München-Hackenviertel * Mit dem „Münchener Aquarium“ öffnet das erste stationäre „Panoptikum“ Münchens. Das Etablissement befindet sich am Färbergraben 24 und wird von Johann Baptist Gassner geführt. Vom Vestibül führen Treppen in die einzelnen Sammlungen. Die namensgebende Attraktion - das Aquarium - befindet sich im Untergeschoss des Anwesens. Der Raum ist als Tropfstein-Grotte gestaltet und kühl, „wie wenn man zur Sommerzeit in des Tannenwaldes Schatten tritt“. Im Vorderteil befinden sich die Süßwasserbecken, im Mittelbau folgen die Meerwasser-Aquarien. Im Kontrast zum Unterwassererlebnis des Aquariums bietet dem Besucher der Ausstellungssaal im Erdgeschoss ein ganz anderes Ambiente. Der Saal ist salonartig mit Kronleuchtern eingerichtet. An der Wand entlang und zwischen den Fenstern sind Affen- und Vogelkäfige aufgestellt, die jeder für sich in Architektur und Dekoration ein separates Schauereignis bieten. In einem mit Maschendraht verkleideten Rundtempel sind auf einem dekorativen blätterlosen Baum exotische Vögel zu besichtigen. Im großen Saal im ersten Obergeschoss sind „raffinierte und spektakuläre Produkte menschlicher Kunstfertigkeit“ untergebracht. Das Angebot reicht von alten chinesischen Skulpturen, historischen Waffen, ausgestopften Tieren, Spieluhren bis hin zu mechanischen und automatischen Maschinen. Eine besondere Attraktion ist ein Telefon, das in Zeitungsinseraten von J. B. Gassner extra beworben wird. Ein weiterer Höhepunkt der Ausstellung ist ein elektrisches Harmonium, das verschiedene, über den Raum verteilte Instrumente und Geräuschquellen in Gang setzen kann. Gassner will damit „Eine Reise um die Welt“ inszenieren. Und gefühlt dann noch Hunderte andere Ausstellungsstücke, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen werden kann. In der zweiten Etage befindet sich zur Unterhaltung und zum Zeitvertreib das Panoptikum. Neben anderen Ausstellungsstücken wie den Zauberspiegeln, sind hier humorvolle, aber auch märchenhafte Szenen mit Wachfiguren aufgebaut. So beispielsweise das „Rotkäppchen und der böse Wolf“, „Drei Polizeiwidrige Gestalten“ oder „Die Klatschweiber“. Hier sind zwei Frauen wegen „Klatschereien“ in eine Geige gelegt worden. Damit sie sich gegenseitig nicht kratzen konnten, werden ihre Hände in besondere Löcher gesteckt und mit einem Schloss versperrt. Zum Abschluss gibt es noch eine Sammlung von „Totenmasken berühmter Persönlichkeiten“ zu sehen. Das Angebot reicht von Napoleon I. bis Martin Luther, von Isaac Newton bis Ludwig van Beethoven. Im Erdgeschoss ist das Restaurant untergebracht, in dem man „noch ein Stündchen in trautem Gespräch bei einem Glas Spatenbier das Gesehene am Geistesauge vorbeiziehen lassen.“ Hier befindet sich auch der Ausgang. Zurück in die Sammlung ist nicht mehr möglich.

1905 – Wegen Überlastung schmoren die Sicherungen durch

Berlin - Karlsruhe * Ein Firmenkonsortium unter der Leitung der Firma L. Loewe & Co erhält den



Auftrag über eine Ortsvermittlungsstelle für Wahlbetrieb. Der Fabrikationsauftrag für die Herstellung der Strowger-Wähler und damit die Lizenz wird den zum Loewe-Konzern gehörenden Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Berlin - Karlsruhe übertragen. Diese verfügen über entsprechend ausgebildetes Personal und über moderne feinmechanische Werkstätten. Die Erfahrung im Umgang mit elektrischen Schaltungen steuern Mitarbeiter der Firma Siemens & Halske bei. Da alle angeschlossenen Teilnehmer sofort nach Inbetriebnahme der neuen Vermittlungsstelle ihren eigenen Fernsprech-Selbstwählanschluss ausprobieren wollen, schmoren in der Folge von Überlastung und Blockade der Wähler in den ersten Betriebsstunden ständig die Sicherungen durch. Empörte Teilnehmer stürmen daraufhin das Dienstgebäude. Erst als diese wieder besänftigt waren, gelingt es dem Wartungspersonal die Schwachstellen des Systems abzustellen. Seither arbeitet die Anlage störungsfrei.

21. März 1914 – Rosa Luxemburg spricht im Münchner-Kindl-Keller

München-Au * Rosa Luxemburg hält im brechend vollen Münchner-Kindl-Keller eine mitreißende Rede zum Thema „Militarismus und Volksfreiheit“. Sie fordert auf, die Waffen nicht gegen die ausländischen Klassenbrüder zu erheben und das Wettrüsten zu stoppen. Die Sozialdemokraten gehen zu diesem Zeitpunkt noch davon aus, dass der Krieg zu verhindern ist. Rosa Luxemburg sagt: „Wenn ein Mann von Blut und Eisen wie Bismarck trotz Ausnahmegesetz nicht mit uns fertig geworden ist, wie wollen das die Knirpse fertig bringen, die heute an der Spitze stehen!“

1. August 1914 – Nun erfolgt auch die Mobilmachung der bayerischen Armee

München - Berlin * Nun erfolgt auch die Mobilmachung der bayerischen Armee. König Ludwig III. telegraphiert an Kaiser Wilhelm II. die folgenden Zeilen: „Das bayerische Heer ist heute mit dem Beginn der Mobilisierung unter deinen Befehl als Bundesfeldherr getreten. [...] In dieser Erwartung heiße ich Bayerns Söhne, sich um ihre Fahnen zu scharen, und bitte zu Gott, er möge, wenn der Kampf entbrennt, den deutschen Waffen den Sieg verleihen“. An die Armee richtete er das Manifest „An mein Heer!“

4. August 1914 – Schwere Belagerungsgeschütze gegen die belgischen Forts

Belgien * Belgien hat etwas über 100.000 Mann unter Waffen; die Deutschen greifen mit 2,4 Millionen Soldaten an. Zwingende Voraussetzung für einen zügigen deutschen Vormarsch ist die Erstürmung der „Festungsstadt Lüttich“, die durch ein Dutzend Außenforts gesichert ist.



Das deutsche Heer setzt die ersten neuartigen Waffen dieses Krieges ein: schwere Belagerungsgeschütze. Sie bestehen aus den von Österreich geliehenen „Skoda-Mörsern“ des Kalibers 30,5 Zentimeter und der „Dicke Bertha“ genannten „Krupp-Kanonen“, die ein Kaliber von unglaublichen 42 Zentimetern aufweisen und eine gewaltige Zerstörungskraft erzeugen. Diese Geschütze lassen die als unzerstörbar geltenden Betonkuppeln der Lütticher Forts „aufplatzen wie Kürbisse“. Der deutsche Vormarsch und die deutschen Waffen schlagen in der Folge eine Schneise der Verwüstung durch Belgien.

4. August 1914 – König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein

München * König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein. In seiner Bekanntmachung „An meine Bayern!“ wendet er sich nicht nur an die Soldaten, sondern vor allem an die Menschen in der Heimat: „Deutschland hat den Kampf nach zwei Fronten aufgenommen. Der Druck der Ungewissheit ist von uns gewichen, das deutsche Volk weiß, wer seine Gegner sind. In ruhigem Ernst, erfüllt von Gottvertrauen und Zuversicht, Scharen unsere wehrhaften Männer sich um die Fahnen. Es ist kein Haus, das nicht teil hätte an diesem uns frevelhaft aufgedrungenen Krieg. Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen. Der Kampf, der unser Heer erwartet, geht um die heiligsten Güter, um unsere Ehre und Existenz. Gott hat das deutsche Volk in vier Jahrzehnten rastloser Arbeit groß und stark gemacht, er hat unser Friedenswerk sichtbar gesegnet. Er wird mit unserer Sache sein, die gut und gerecht ist. Wie unsere tapferen Soldaten draußen vor dem Feind, so stelle auch zu Hause jeder seinen Mann. Wollen wir, jeder nach seiner Kraft, im eigenen Land Helfer sein für die, die hinausgezogen sind, um mit starker Hand den Herd der Väter zu verteidigen. Tu jeder freudig die Pflicht, die sein vaterländisches Empfinden ihn übernehmen heißt. [...] Bayern! Es gilt das Reich zu schützen, das wir in blutigen Kämpfen mit erstritten haben. Wir kennen unsere Soldaten und wissen, was wir von ihrem Mut, ihrer Manneszucht und Opferwilligkeit zu erwarten haben. Gott segne unser tapferes deutsches Heer, unsere machtvolle Flotte und unsere treuen österreichisch-ungarischen Waffenbrüder! Er Schütze den Kaiser, unser großes deutsches Vaterland, unser geliebtes Bayern!“.

30. August 1914 – Der amerikanische Gesandtschaftssekretär beobachtet die Lage in Löwen

Leuven * Der amerikanische Gesandtschaftssekretär Hugh Gibson macht sich ein Bild von der Lage in Löwen. Ein deutscher Offizier erklärt ihm: „Es wird die Belgier lehren, Deutschland zu respektieren und es sich zweimal zu überlegen, gegen Deutschland die Waffen zu erheben“. Mit der Zerstörung der Löwener Bibliothek hat sich das Deutsche Reich weltweit den Ruf von



„Barbaren“ eingehandelt. Als „Hunnen“, denen man das Schlimmste zutraut, werden sie fortan in der alliierten Propaganda verspottet.

9. März 1917 – Die Petersburger Proteste münden in einen Generalstreik

Petersburg * In den folgenden Tagen münden die Proteste in einen Generalstreik, aber auch in Plünderungen und Ausschreitungen. Die Polizei ist nicht mehr Herr der Lage, da sich die herbeigerufenen Soldaten mit den Demonstranten verbrüdern. Zar Nikolaus II. reagiert auf die Streiks, indem er dem Militär befiehlt, mit Waffengewalt gegen die aufbegehrende Menschenmenge vorzugehen. Am Nachmittag schießen Angehörige eines Garderegiments auf die „Aufrührer“. Sechzig Demonstranten sterben. Das bewirkt jedoch genau das Gegenteil, da nun auch an anderen Orten die Proteste beginnen. Ganze Regimenter wechseln die Seiten. An anderen Orten dagegen gingen Soldaten gegen die Polizei vor.

28. November 1917 – Die russische Regierung will einen Waffenstillstand

Petersburg * Die russische Räteregierung schlägt allen kriegführenden Parteien einen Waffenstillstand vor. Das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn stimmen diesem Vorschlag zu, weil damit ein Teil der Soldaten von der Ostfront abgezogen und zusätzlich an der Westfront eingesetzt werden könnte. Die Alliierten lehnen einen Separatfrieden Russlands mit den Mittelmächten ab.

5. Dezember 1917 – In Brest-Litowsk ein zehntägiger Waffenstillstand vereinbart

Brest-Litowsk * Zwischen dem Deutschen Reich und Russland wird in Brest-Litowsk ein zehntägiger Waffenstillstand vereinbart.

9. Dezember 1917 – Rumänien und die Mittelmächte vereinbaren einen Waffenstillstand

Focsani - Sofia - Berlin - Wien * Das Königreich Rumänien und die Mittelmächte vereinbaren in Focsani einen Waffenstillstand, der die Einstellung der Kampfhandlungen an der rumänischen Front zum Inhalt hat.

13. Dezember 1917 – Gespräche in Berlin über den Massenstreik



München - Berlin * Kurt Eisner fährt für mehrere Tage in die Reichshauptstadt Berlin, um dort persönliche Angelegenheiten zu regeln. Er nutzt die Gelegenheit, um mit USPD-Abgeordneten Gespräche über die aktuelle politische Lage und über den Massenstreik zu führen. Doch die Berliner USPD-Funktionäre zögern und stellen ihm dar, dass die Massen für einen allgemeinen Streik nicht zu haben sind, weil sich trotz der erkennbaren Erregung über die Lebensbedingungen eine Erschöpfung eingestellt hat. Nach der Aufnahme der Gespräche über Waffenstillstandsvereinbarungen in Brest-Litowsk am 5. Dezember 1917 hofft die Bevölkerung nun auf Frieden, für den unter diesen Voraussetzungen keine besondere Anstrengung zur Herbeiführung mehr notwendig ist. Kurt Eisner widerspricht dieser Darstellung vehement und unterstellt den Parteifunktionären, dass ihnen selbst zu einer derartigen Aktion das notwendige Vertrauen fehle. Er sieht sehr wohl bei den Massen das lebhafteste Bedürfnis nach einer „idealistischen Aktion“.

15. Dezember 1917 – Waffenstillstand mit Russland verlängert

Brest-Litowsk * Der Waffenstillstand zwischen Russland und dem Deutschen Reich wird bis zum 14. Januar 1918 verlängert.

31. März 1918 – Monatlich treffen 250.000 amerikanische Soldaten ein

USA - Frankreich * Seit März 1918 treffen monatlich 250.000 US-Soldaten zur Verstärkung ein. Bis Kriegsende werden es rund zwei Millionen sein. Sie sind mit den besten Waffen und der modernsten Technologie ausgerüstet. Außerdem sind sie tüchtig und tatendurstig. Mit den amerikanischen Truppen wird auch die sogenannte Spanische Grippe in die Schützengräben der Westfront gebracht.

2. September 1918 – Reichskanzler Georg Graf von Hertling soll abgelöst werden

Berlin * Die deutschen Bundesfürsten drängen auf der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses im Bundesrat für die Ablösung des aus Bayern stammenden Reichskanzlers Georg Graf von Hertling. Auch der bayerische Kronprinz Rupprecht hält Hertling für zu alt und „so gut wie willenlos“. Außerdem fordern sie sofortige Waffenstillstands-Verhandlungen.



17. September 1918 – Ablehnung des österreichisch-ungarischen Vorschlages

Washington - Wien * US-Präsident Woodrow Wilson lehnt eine halbe Stunde nach Erhalt der Note den österreichisch-ungarischen Vorschlag vom 14. September für eine inoffizielle Konferenz ab. In der Begründung heißt es: „Wir haben wiederholt und in vollkommener Klarheit die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen die Vereinigten Staaten wegen eines Friedens verhandeln wollen, und wir können und wollen keinen Vorschlag in Erwägung ziehen für eine Konferenz über eine Angelegenheit, in der die Vereinigten Staaten ihre Stellung und Absichten bereits klar bekanntgegeben haben.“

23. September 1918 – MSPD für eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen

Berlin • Die MSPD-Reichstagsfraktion und der Parteiausschuss der MSPD beschließen in einer gemeinsamen Sitzung mit einer deutlichen Mehrheit von 80 : 21 Stimmen, sich an einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien zu beteiligen, falls sich die Möglichkeit dazu bietet. Die Bedenkensträger bleiben in der Minderheit. Dies auch deshalb, weil noch immer keine Klarheit über die militärische Lage herrscht. Der Regierungseintritt wird an die Erfüllung eines Forderungskatalogs geknüpft, der die Parlamentarisierung verlangt und auf die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 Bezug nimmt, in der sie für „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“ eintritt. Die Partei entsendet Philipp Scheidemann als Staatssekretär ohne Portefeuille, Gustav Bauer soll das Reichsarbeitsamt übernehmen. Otto Wels warnt Friedrich Ebert: „Bist du von Gott verlassen, lass doch zum Teufel den Frieden diejenigen schließen, die den Krieg geführt und Verantwortung getragen und den Waffenstillstand gefordert haben“. Im MSPD-Parteiausschuss gibt Erhard Auer zu bedenken: „Mit dem Eintritt in die Regierung werden wir gewissermaßen eine Mittelpartei, und die Unabhängigen, die heute nichts sind, werden dann scheinbar die einzige Oppositionspartei sein.“

24. September 1918 – Bulgariens Waffenstillstandsgesuch an die Alliierten

Skopje * Die bulgarische Regierung richtet ein Waffenstillstandsgesuch an den alliierten Oberbefehlshaber.

25. September 1918 – Bulgarien bittet um einen Waffenstillstand

Sofia * Erste alliierte Einheiten überschreiten die bulgarische Grenze. Die bulgarische Regierung



bittet daraufhin die Alliierten um einen Waffenstillstand.

27. September 1918 – Ludendorff plant die Handhabung der militärischen Niederlage

Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff beginnt die Handhabung der Niederlage zu planen: Die Armee muss gerettet werden - ihre Existenz und Ehre. Ein Waffenstillstandsgesuch muss von der Regierung ausgehen, nicht von der Obersten Heeresleitung. Es muss politisch motiviert sein, nicht militärisch. Das Waffenstillstandsgesuch sollte von jenen politischen Kräften ausgehen, die schon immer für einen Verständigungsfrieden eingetreten sind - die Parteien der Reichstagsmehrheit (SPD, Fortschrittspartei und Zentrum). Diese Parteien müssten entweder in die Regierung aufgenommen werden oder selbst die Regierung bilden. Als Anreiz für diese unattraktive Aufgabe der Regierungsverantwortung müsste diesen Parteien der Übergang zur parlamentarischen Regierungsform angeboten werden. Das würde gleichzeitig die Chancen des Waffenstillstandsgesuchs verbessern.

28. September 1918 – General Ernst Ludendorff will ein Waffenstillstandsgesuch

Spa * Als immer mehr schlechte Nachrichten auf Generalquartiermeister Erich Ludendorff zukommen, kann er sich länger nicht mehr einer realistischen Lagebeurteilung verweigern. Schnell und entschlossen handelt er. Am Vormittag lässt er Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling mitteilen, „dass eine Umbildung der Regierung oder ein Ausbau derselben auf breiterer Basis“ nötig ist. Am Abend weiht er den Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg in seine Planungen für ein Waffenstillstandsgesuch ein. Dieser stimmt den Vorschlägen - wie üblich - zu.

29. September 1918 – Die bulgarische Regierung unterzeichnet einen Waffenstillstand

Skopje - Thessaloniki * Eine französische Kavalleriebrigade zieht in die mazedonische Hauptstadt Skopje ein. In der Nacht unterzeichnen die bevollmächtigten Abgesandten der bulgarischen Regierung in Thessaloniki den Waffenstillstandsvertrag. Der Vertrag tritt am 30. September Mittags in Kraft. Bulgariens Kapitulation bedeutet für das Deutsche Reich den Stopp der enorm wichtigen Lebensmittellieferungen nach Deutschland. Für die Alliierten ist jetzt der Weg zur Donau frei. Die bulgarischen Streitkräfte verzeichnen im Ersten Weltkrieg über 100.000 Tote und über 140.000 Verwundete, bei einer Vorkriegsbevölkerung von rund 4,5 Millionen und einer



Gesamtzahl von 1,2 Millionen Mobilisierten.

29. September 1918 – Ludendorff erhält die Zustimmung für sein Waffenstillstandsgesuch

Spa - Berlin * Staatssekretär Paul von Hintze verhandelt am Vormittag mit Generalquartiermeister Ernst Ludendorff über das weitere Vorgehen. Ludendorffs Forderung nach einem Waffenstillstandersuchen binnen 24 Stunden, das unter die Verantwortung der Reichstagsmehrheit gestellt wird, wird - bei aller Gefahr für Heer, Volk, Reich und Monarchie - von Hintze befürwortet. Ludendorff begründet es damit, dass er nicht mehr dafür garantieren kann, eine militärische Katastrophe an der Westfront zu verhindern. Staatssekretär Paul von Hintze will eine „Revolution von oben“ und damit einen vollständigen Systemwechsel vornehmen. Eine Umbildung der jetzigen Regierung lediglich durch Hinzuziehen einiger Parteivertreter hält er nicht für ausreichend. Der Gedanke gefällt Ludendorff, da ein radikaler Bruch mit der bisherigen Regierung die Glaubwürdigkeit gegenüber den Kriegsgegnern erhöhen würde. Der Generalquartiermeister erhält die Zustimmung für das weitere Vorgehen vom Staatssekretär Paul von Hintze und vom greisen Reichskanzler Georg Friedrich Graf von Hertling. Anschließend informiert Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg gemeinsam mit Staatssekretär Hintze, aber ohne den Reichskanzler, Kaiser Wilhelm II.. Dieser ist sowohl mit der Regierungsumbildung als auch mit dem Waffenstillstandsgesuch einverstanden.

3. Oktober 1918 – Die erste deutsche Friedensnote an die US-Regierung

Berlin - Washington * Die neue Regierung unter Reichskanzler Max von Baden unterbreitet dem US-Präsidenten Woodrow Wilson umgehend Vorschläge für einen sofortigen Waffenstillstand. Diese erste deutsche Friedensnote wird der US-Regierung über Schweizer Kanäle zugeleitet. Die Verhandlungen sollen auf der Basis der Friedensbedingungen aus Wilsons 14-Punkte-Programm vom 8. Januar 1918 geführt werden.

5. Oktober 1918 – Der Krieg ist verloren - jedes weitere Opfer ist vergeblich

Deutsches Reich - Berlin * Durch Zeitungsartikel erfährt die deutsche Öffentlichkeit, dass es eine neue Regierung mit Beteiligung der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Fortschrittspartei gibt. Auch, dass diese Regierung als erste Amtshandlung ein Waffenstillstandsgesuch an den US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson geschickt hat. Damit herrscht im Volk Gewissheit, dass der Krieg verloren und jedes weitere Opfer vergeblich ist. Was verschleiert



wird ist das Versagen der Obersten Heeresleitung - OHL, die das Deutsche Reich mit seiner Kriegspolitik ins Verderben geführt hat, jetzt aber nicht mehr als Verantwortlicher und Hauptakteur, sondern als Zuschauer erscheint.

5. Oktober 1918 – Die neue Regierung unterbreitet Vorschläge für einen Waffenstillstand

Berlin * Reichskanzler Prinz Max von Baden gibt in seiner Jungferrede im Reichstag den Inhalt seiner Friedensnote bekannt, in der er im Namen der deutschen Regierung den Präsidenten der USA, Woodrow Wilson, um die Vermittlung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen bittet. Er spricht aber nicht nur über deutsche Friedensangebote, sondern gibt auch zu bedenken, dass es nur dann zu einem Friedensschluss kommen kann, wenn man Deutschland Friedensbedingungen zugesteht, die sich auch mit seiner Ehre vertragen. Sollten die Feinde des Reiches aber Deutschland diesen Frieden nicht zugestehen, wird der Krieg weitergehen. Er unterstreicht die These mit der Aussage, dass das Deutsche Reich - wenn nötig - zu einem „Endkampf auf Leben und Tod“ bereit ist. „Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, dass dieses zweite Ergebnis eintreten könnte; denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, dass die unwiderlegliche Überzeugung, um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde.“ In dieser Antrittsrede bekennt sich Reichskanzler Max von Baden aber auch ausdrücklich zur parlamentarischen Demokratie im Reich und in den Einzelstaaten, befürwortet die Friedensresolution des Reichstags vom 14. Juli 1917 und nimmt das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vorbehaltlos an. Diese Aussagen stehen allerdings seinem ursprünglichen politischen Programm vollkommen entgegen.

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in



der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

8. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson stellt erste Bedingungen

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson antwortet auf das erste Waffenstillstandsersuchen der deutschen Regierung. Nur zögernd und misstrauisch übermittelt er seine Vorbedingungen. In seiner ersten Note fordert er den deutschen Rückzug aus den besetzten Gebieten. Weitere Forderungen werden folgen. Er wirft aber auch die Frage auf, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben“.

12. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung will Wilsons Forderungen nachkommen

Berlin - Washington * Die deutsche Reichsregierung erklärt sich in ihrer Antwort auf das amerikanische Schreiben bereit, die 14 Punkte des US-Präsidenten Woodrow Wilson anzunehmen. Darunter befindet sich auch die Räumung der besetzten Gebiete. Besonders stellt die neue amtierende Regierung heraus, dass sie „durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstags“ gebildet worden ist. „In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.“

14. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson fordert die Einstellung des U-Boot-Krieges

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson fordert auf das deutsche Waffenstillstandsersuchen in seiner zweiten Note unter anderem die Einstellung des U-Boot-Krieges, nachdem am 11. Oktober in der Bucht von Dublin ein Passagierschiff von einem deutschen U-Boot versenkt worden ist. 450 Menschen kamen dabei ums Leben, darunter 135 Frauen und Kinder.



14. Oktober 1918 – Ludendorff will den Kampf bis zum letzten Mann

Spa - Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff, der am 29. September einen Waffenstillstand binnen 24 Stunden gefordert hatte, plädiert nach dem Schreiben des US-Präsidenten Woodrow Wilson jetzt dafür, das deutsche Volk soll doch „um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern“. Kaum hat die neue parlamentarische Regierung die Verantwortung übernommen, spielt Ludendorff den entschlossenen Feldherrn, der sich gegen eine Politik wehrt, die ihn zur Beendigung des Kampfes zwingen will. Wieder ein Baustein zur Dolchstoßlegende.

17. Oktober 1918 – Ludendorff lehnt die Friedensbedingungen der USA ab

Spa * Für Generalquartiermeister Erich Ludendorff sind die von den Amerikanern angebotenen Friedensbedingungen das Schlimmste, das Deutschland passieren konnte.

23. Oktober 1918 – US-Präsident Wilson will ein republikanisches Deutschland

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson erklärt sich in seiner Antwort auf das Schreiben vom 20. Oktober nur zur Aufnahme von Waffenstillstandsgesprächen gemeinsam mit den Regierungen der Alliierten bereit, wenn der deutsche Verhandlungspartner eine vom Volk gewählte Regierung ist. Die amerikanische Regierung will „mit keinen anderen als wahrhaften Vertretern des deutschen Volkes verhandeln“. Aus ihrer Sicht gibt es bislang aber keinen Hinweis dafür, dass „die Grundsätze einer dem deutschen Volk verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind“ und die Systemänderung im Deutschen Reich auf Dauer sein wird. Die Amerikaner geben deutlich zu erkennen, dass sie gegenüber einem republikanischen Deutschland oder zumindest einem Deutschland ohne Kaiser mehr Nachsicht üben würden. Sie setzen offenbar aber auch darauf, dass jeder zusätzliche Kriegstag die Position des Deutschen Reichs und seiner Verbündeten weiter schwächen und die Friedensbedingungen für die USA positiver gestalten würden.

25. Oktober 1918 – Die Worte Kaiserfrage und Revolution beschäftigen das Volk

Deutsches Reich * Spätestens seit der dritten Note des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 23. Oktober sind die Worte „Kaiserfrage“ und „Revolution“ in aller Munde.



Viele Männer in verantwortlichen Positionen, einschließlich des Reichskanzlers Max von Baden und des Vorsitzenden der MSPD-Reichstagsfraktion Friedrich Ebert, sehen in dem Thronverzicht des Kaisers das einzige Mittel zur „Rettung der Monarchie“. Vizekanzler Friedrich von Payer berichtet: „Die allerwildesten Kaiserstürzler sind die rechts stehenden Leute. Die Herren der Hochfinanz und der Großindustrie, ja bis hoch in die Offizierskreise hinein kann man mit einer erstaunlichen Offenheit sagen hören: Der Kaiser muss sofort zurücktreten. [...] Je länger die Hetzte fortdauert, desto stärker wird die Forderung hervortreten, dass man überhaupt keine Monarchie mehr brauchte, sondern eine Republik errichten sollte.“

27. Oktober 1918 – Die Monarchie mit Waffengewalt vor Übergriffen schützen

Potsdam * General Max von Gallwitz wird von den Kreisen um die Kaiserin Auguste Viktoria von der Westfront nach Berlin zitiert. Er soll die Monarchie notfalls mit Waffengewalt vor etwaigen Übergriffen schützen und eine offene Diktatur errichten.

27. Oktober 1918 – Die deutsche Reichsregierung ist für einen Waffenstillstand bereit

Berlin * Die deutsche Reichsregierung steht in einem Schreiben an den US-Präsidenten Woodrow Wilson für einen Waffenstillstand bereit.

29. Oktober 1918 – Wilhelm Groener wird Ludendorffs Nachfolger

Spa * Nach der Entlassung Erich Ludendorffs wird Generalleutnant Wilhelm Groener neuer Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung - OHL. Es geht jetzt nicht mehr um strategische Planungen, sondern um die Aufrechterhaltung der Kampfkraft bis zum Waffenstillstand und die Rückführung der Truppen in die Heimat.

30. Oktober 1918 – Das Osmanische Reich kapituliert

Lemnos * Das Osmanische Reich kapituliert. Die neue Regierung unter Ahmed Izzet Pascha schließt den Waffenstillstand von Mudros zwischen der Türkei und der Entente. Der Vertrag sieht nicht nur eine alliierte Besetzung der bisherigen arabischen Provinzen, sondern auch der Meerengen und großer Teile Anatoliens vor. Der Krieg im Nahen Osten ist damit beendet.



3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnten die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen niederzulegen, keine Demonstrationen zu veranstalten beziehungsweise hierzu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

3. November 1918 – Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und Italien

Padua * In der am südwestlichen Stadtrand von Padua gelegenen Landsitz Villa Giusti del Giardino wird der Waffenstillstand von Villa Giusti unterzeichnet. Er beendet den Ersten Weltkrieg speziell an der italienisch-österreichischen Front, gilt aber auch für alle anderen Fronten, an denen k.u.k. Militär im Einsatz gewesen ist. Der Waffenstillstandsvertrag gesteht den Entente-Mächten das Durchmarschrecht durch österreichisches Staatsgebiet zu. Damit liegt ein Einmarsch der Alliierten in Bayern im Bereich des Möglichen.

4. November 1918 – Österreichs Waffenstillstand entspricht einer bedingungslosen Kapitulation



Padua * Der Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und den Alliierten wird in der Villa Giusti in der Nähe von Padua unterzeichnet. Er tritt um 15 Uhr in Kraft und kommt nahezu einer Bedingungslosen Kapitulation gleich.

5. November 1918 – Bereitschaft der Alliierten zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin * US-Präsident Woodrow Wilson teilt der deutschen Regierung die Bereitschaft der Alliierten zu Waffenstillstandsverhandlungen mit. Der französische Marschall Ferdinand Foch wird ermächtigt, die deutsche Regierung zu empfangen.

6. November 1918 – USPD und MSPD rufen gemeinsam zu einer Massenversammlung auf

München * Kurt Eisner [USPD] und Erhard Auer [MSPD] rufen auf großen Plakaten für den nächsten Tag zu einer gemeinsamen Massenversammlung auf der Theresienwiese auf. Obgleich Erhard Auer anfangs Bedenken hatte, gab er seine Zustimmung. Er hat erkannt, dass man der Friedenssehnsucht der Einwohner Münchens ein Ventil geben muss. Es kommt auch deshalb zur ersten öffentlichen Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Gruppierungen in Bayern seit der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD, weil Auer MSPD nicht gemeinsame Sache mit denen machen kann, die für die nationale Verteidigung eintreten und die Waffenstillstandsbemühungen bekämpfen. Über das damit verbundene Risiko ist sich Erhard Auer und die bayerische Regierung bewusst.

6. November 1918 – Matthias Erzberger reist zu Waffenstillstandsverhandlungen

Washington - Berlin - Spa * Am Vormittag trifft in Berlin die Nachricht des US-Präsidenten Woodrow Wilson ein, dass der Oberkommandierende der Alliierten Streitkräfte, Marschall Ferdinand Foch, bereit sei, eine deutsche Waffenstillstandsdelegation in Compiègne zu empfangen. Nachdem die Reichsregierung das Ansinnen der Obersten Heeresleitung - OHL, einen militärischen Vertreter zum Verhandlungsleiter zu ernennen, ablehnt, wird noch am selben Tag der Staatssekretär Matthias Erzberger - gegen seinen Willen - mit der Aufgabe betraut und an der Spitze der Abordnung auf den Weg geschickt. Weitere Mitglieder der deutschen Verhandlungs-Abordnung sind der Leiter für Heeresangelegenheiten General Detlof von Winterfeldt, der Kapitän zur See Ernst Vanselow und als Vertreter des Auswärtigen Amtes Alfred von Oberndorff. Er muss jedoch sich zuvor im Großen Hauptquartier der Obersten Heeresleitung -OHL noch Instruktionen abholen. Der Reichsregierung ist es wichtig gegenüber



den Alliierten das politisch erneuerte Deutschland zu demonstrieren. Dazu eignet sich ein ziviler Politiker an der Spitze der Waffenstillstands-Kommission ganz besonders. Die Deutschen hoffen auf einen „milden Frieden“ auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms, das der US-Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 verkündet hatte.

7. November 1918 – Die Winzerer-Fähnrl Armbrustschützengilde verpasst die Revolution

München * Die Mitglieder der Winzerer-Fähnrl Armbrustschützengilde halten ihre Ordentliche Hauptversammlung ab. Der 1. Schützenmeister gibt darin einen kurzen Kommentar zur allgemeinen Lage wieder, der vom „deutschen Ersuchen um Waffenstillstandsverhandlungen“ gezeichnet ist. Als die 17 Winzerer auseinander gehen, ist König Ludwig III. bereits aus der Residenz geflohen.

7. November 1918 – Gemeinsame Forderungen von SPD und USPD formuliert

München * Am Vormittag treffen sich die Veranstalter der Kundgebung, USPD und SPD, im Gewerkschaftshaus zur Abstimmung des Ablaufs der Massendemonstration. Sie einigen sich auf einen gemeinsamen, acht Punkte umfassenden Forderungskatalog. Er beinhaltet: Den sofortigen Abgang des Kaisers und den Verzicht seines Thronfolgers. Die Verteidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Die Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen; grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei Abrüstung und Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten. Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag. Bei der Besprechung hat Kurt Eisner „darauf aufmerksam gemacht, dass die Massen doch vielleicht etwas anderes wollen als eine Art feierlichen Spaziergangs“.

7. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen haben begonnen

München * Bayerns Innenminister Dr. Friedrich von Brettreich gibt in einem Aufruf bekannt: „Die Waffenstillstandsverhandlungen sind im Gang, sie werden baldigst zum Abschluss



kommen.“ Und dann: „Jetzt gilt es erst recht, Ruhe und Ordnung zu wahren. Innere Unruhen anstiften, hieße den Krieg noch mal beginnen.“ Eine Variation des alten und sattem bekannten Spruchs: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht!“ Dahinter verbirgt sich sicherlich auch die Angst vor eventuellen Ausschreitungen und Unruhen, denn für den Nachmittag des selben Tages haben die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen zu einer gemeinsamen Versammlung auf der Theresienwiese eingeladen.

8. November 1918 – Zuverlässige Truppen zur Niederschlagung der Revolution in Pasing

Pasing * Am Vormittag werden vermeintlich zuverlässige Truppenteile zur Niederschlagung der Revolution nach Pasing gebracht. Schon bei der ersten Begegnung mit ihren revolutionären Kameraden legen sie ihre Waffen nieder.

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und



politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

8. November 1918 – Die Waffenstillstandsverhandlungen im Wald von Compiègne

Compiègne * Die Deutsche Abordnung zum Abschluss des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen mit dem Staatssekretär Matthias Erzberger an seiner Spitze, reist zu Verhandlungen mit Marschall Ferdinand Foch. Als Verhandlungsort hat die französische Seite einen Eisenbahnwaggon in einem Waldstück der Gemeinde Rethondes bei Compiègne ausgewählt, wo sich bis März 1918 der Sitz des Alliierten Oberkommandos befunden hatte. Die Delegation wird von Marschall Foch mit den Worten „Was führt die Herren hierher? Was wünschen Sie von mir?“ begrüßt. Auf die Erwiderung, man wünsche Vorschläge über einen Waffenstillstand entgegen zu nehmen, antwortete Foch: „Ich habe keine Vorschläge zu machen.“

Er legt dafür eine fertige Liste mit Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung vor. Vor allem die Franzosen, auf deren Boden der Krieg vier Jahre gewütet und gewaltige Zerstörungen hinterlassen hatte, fordern eine drakonische Bestrafung des Deutschen Reiches.

9. November 1918 – Die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten

Compiègne * Die Alliierten geben im Wald von Compiègne ihre Bedingungen für einen Waffenstillstand bekannt: Die Abtretung sämtlicher deutscher Gebiete links des Rheins, die sofortige Bereitstellung von 5.000 Lokomotiven, 150.000 Waggons und 5.000 Lastkraftwagen. Die Blockade der deutschen Seehäfen bis zur Unterzeichnung des endgültigen Friedensvertrags.



10. November 1918 – Die Thule-Gesellschaft gründet einen Kampfbund

München-Gruggenau * Mitglieder der Thule-Gesellschaft gründen einen Kampfbund, der die Zerschlagung der Räterepublik mit Waffengewalt zum Ziel hat. Die Leitung übernimmt Freiherr Rudolf von Sebottendorff selbst. Diese Nationalisten, Antisemiten und Deutschnationalen entwickeln eine Doppelstrategie, die maßgeblichen Anteil an der Zerschlagung der späteren Räteherrschaft hat. Die Thule-Gesellschaft wird zum Organisationszentrum der Münchner Gegenrevolution und Aktionsgemeinschaften organisieren den Aufbau eines umfangreichen Informations- und Spitzelsystems in allen revolutionären und kommunistischen Gruppierungen, die Kontaktaufnahme mit gesprächsbereiten Sozialdemokraten aus der Provisorischen Regierung und der Parteispitze sowie die Errichtung eines illegalen Werbebüros zur Unterstützung bereits existierender nationaler Militärverbände und zum Aufbau einer eigenen militärischen Organisation.

11. November 1918 – Matthias Erzberger unterzeichnet das Waffenstillstandsabkommen

Compiègne * Staatssekretär Matthias Erzberger, ein liberaler Politiker der katholischen Zentrumspartei, unterzeichnet für das Deutsche Reich das Waffenstillstandsabkommen im französischen Compiègne. Einen großen Verhandlungsspielraum ließ die von Marschall Ferdinand Foch vorgelegte Liste mit den Waffenstillstands-Bedingungen, verbunden mit einem 72-stündigen Ultimatum zur Annahme oder Ablehnung, nicht zu. Da der deutschen Delegation die Bedingungen als sehr hart erscheinen, sucht Erzberger Rücksprache mit dem neuen Reichskanzler Friedrich Ebert. Dieser weist den Leiter der Verhandlungskommission nach Rücksprache mit dem Chef der Obersten Heeresleitung - OHL, Paul von Hindenburg, an, den „Waffenstillstand zu jedweden Bedingungen“ anzunehmen. Der Vertrag wird am 11. November zwischen 5:12 Uhr und 5:20 Uhr französischer Zeit unterzeichnet. Um 11 Uhr enden damit die kriegerischen Auseinandersetzungen. 188.000 bayerische Soldaten sind im Ersten Weltkrieg gefallen, mehrere Hunderttausend wurden verwundet.

11. November 1918 – Die Oberste Heeresleitung soll die Disziplin aufrecht erhalten

Berlin * Der Rat der Volksbeauftragten ermächtigt die Oberste Heeresleitung - OHL, Anordnungen zu treffen, mit denen die notwendige Disziplin aufrecht erhalten werden soll. Dagegen gibt es heftige Proteste der Soldatenräte, was die Regierung zur Präzisierung seiner Anordnung zwingt. Die Ermächtigung soll nur für die Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen gelten.



11. November 1918 – Kurt Eisner startet eine unabhängige bayerische Außenpolitik

München - Bern * Nach der Bekanntgabe der harten Waffenstillstandsbedingungen startet Ministerpräsident Kurt Eisner in der Nacht zum 11. November eine eigenständige, vom Reich völlig unabhängige bayerische Außenpolitik. Über den Schweizer Bundesrat in Bern schickt er einen Appell der neuen bayerischen Regierung an die Regierungen der Siegermächte. Er ist zugleich ein Aufruf an die Proletarier aller Länder: „Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und vom endgültigen Erfolg gekrönten Erhebung alles und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. [...] In diesem Augenblicke stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. [...] Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weitausblickender Großmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist.“

11. November 1918 – Frankreich fordert die sofortige Rückgabe von Elsass-Lothringen

Compiègne • Teil der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich in Compiègne ist die sofortige Rückgabe von Elsass-Lothringen.

12. November 1918 – Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen an die USA

München - Bern - Washington * Professor Dr. Friedrich Wilhelm Foerster wird von Ministerpräsident Kurt Eisner zum bayerischen Gesandten in Bern berufen. Der international anerkannte Pazifist nimmt umgehend Kontakt zum amerikanischen Pazifisten George D. Herron auf. Dieser leitet Eisners Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen umgehend an den US-Präsidenten Woodrow Wilson weiter.

18. November 1918 – Rudolf Buttman lässt sich die Gründung einer Bürgerwehr genehmigen

München * Rudolf Buttman, Bibliothekar im Bayerischen Landtag, lässt sich vom Referenten für Sicherheitsfragen im Innenministerium, Major Paul von Jahreiß, die Gründung einer Bürgerwehr



genehmigen. Zur Beschaffung der Waffen wird Buttman an das Ministerium für militärische Angelegenheiten verwiesen.

19. November 1918 – Die Einstellung der Rüstungsproduktion

München-Kreuzviertel * Die Frage der Entschädigung für zu entlassende Beschäftigte in der Rüstungsindustrie wird im Kabinett besprochen. Das Waffenstillstandsabkommen sieht die Einstellung der Rüstungsproduktion vor. Doch Munitionsfabriken und Werke für Metallerzeugnisse bilden in Bayern die während der Kriegszeit aufgebauten Hauptindustrien. Eine Umstellung auf Friedensproduktion verlangt in den Fabriken neue Maschinen und die Umschulung der Arbeiter.

21. November 1918 – Eisner fordert die sofortige Veröffentlichung der Kriegsakten

München - Berlin * In einem Telegramm fordert Kurt Eisner den bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. Friedrich Muckle, auf, von der Reichsregierung die sofortige Veröffentlichung der Urkunden über den Ursprung des Krieges zu verlangen. Außerdem erhebt der bayerische Ministerpräsident Anspruch auf Beteiligung Bayerns in der Waffenstillstands-Kommission. Kurt Eisner ist bestrebt, den Alliierten den Beweis zu erbringen, dass mit der deutschen Revolution nicht nur die alten Herrschaftsträger beseitigt wurden, sondern dass auch ein politischer Umdenkungsprozess eingesetzt hat.

25. November 1918 – Die deutsche Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika kapituliert

Abercorn-Nordrhodesien * Der Kommandeur der deutschen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, Paul von Lettow-Vorbeck, unterzeichnet in Abercorn [heute: Mbala] südlich des Tanganjika-Sees die Kapitulation. Er hatte erst am 13. November 1918 die Nachricht vom Waffenstillstand in Europa erhalten.

25. November 1918 – Kurt Eisner wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen angegriffen

Berlin * Auf der Ministerpräsidenten-Konferenz in Berlin wird der bayerische Ministerpräsident von nahezu allen Seiten wegen seiner Kriegsschuld-Veröffentlichungen und dem daraus resultierenden eigenmächtigen Handeln massiv angegriffen. Kurt Eisner verlangt daraufhin von



Reichskanzler Friedrich Ebert die Entlassung des Leiters des Auswärtigen Amtes, Wilhelm Solf und den Vorsitzenden der Waffenstillstands-Kommission Matthias Erzberger. Die Genannten rechnet Eisner aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Äußerungen dem alten kriegsverherrlichenden und militaristischen System zu. Sie sollen durch unbescholtene USPD- und SPD-Politiker ersetzt werden. Eisners konstruktive Begründung lautet: „Deutschland braucht ein provisorisches Präsidium, das an die Stelle des halb aufgelösten Bundesrats zu treten hat und aus neuen, unbelasteten Männern bestehen muss. Dieses Präsidium muss die Aufgabe haben, alle Verhandlungen mit der Entente zu führen.“ Der bayerische Ministerpräsident möchte, dass die neue deutsche internationale Politik von Personen präsentiert wird, die auch das neue deutsche politische System verkörpern und dass die Friedensgespräche nicht alleine von der Reichsregierung, sondern unter maßgeblicher Beteiligung der Länder geführt werden.

29. November 1918 – Von der Verletzung der Abrüstungsbestimmungen

München * Auf der Kabinettsitzung wird über die Verletzung der Abrüstungsbestimmungen des Waffenstillstandsabkommens beraten. Dabei stellt sich heraus, dass die Stilllegung der Munitionsindustrie in München 8.000 Arbeiter erwerbslos machen würde. Es wird nichts unternommen, die Produktion wird noch bis Mitte Januar 1919 fortgesetzt. Die Räte protestieren nicht. Für Kurt Eisner ist es ein bedrückendes und moralisches Dilemma, denn es ist nicht nur ein Verstoß gegen das Waffenstillstandsabkommen, sondern auch eine stillschweigende Verleugnung eines Ziels der Revolution.

29. November 1918 – Minister Roßhaupter sagt Waffenlieferung an die Bürgerwehr zu

München * Der Staatsminister für militärische Angelegenheiten Albert Roßhaupter sagt dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann in einem persönlichen Gespräch zu, der Bürgerwehr Waffen zur Verfügung zu stellen und rät ihm, auch die Gewerkschaften offiziell zu beteiligen.

1. Dezember 1918 – Die französische Besatzungsarmee marschiert in der Pfalz ein

Freistaat Bayern-Pfalz * Gemäß dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 marschiert die französische Armee in die zum Freistaat Bayern gehörende Pfalz ein.



6. Dezember 1918 – Versammlungen und Demonstrationen der Berliner Spartakusgruppe

Berlin * Die Spartakusgruppe hat für den 6. Dezember drei Versammlungen mit anschließenden Demonstrationen beim Polizeipräsidium angemeldet. Die Protestveranstaltungen werden mit der Auflage genehmigt, dass keine Waffen mitgeführt werden. Die drei Versammlungen finden am späten Nachmittag in den Germania-, Sophien- und Andreas-Sälen statt. Die Redner üben harsche Kritik an der Regierung und protestieren gegen die Einberufung einer Nationalversammlung. Während der Versammlungen verbreitet sich die Nachricht von der mutmaßlichen Verhaftung des Vollzugsrats und von Friedrich Eberts Ausrufung zum Präsidenten. Entsprechend erregt beginnen gegen 16:30 Uhr die Demonstrationen.

8. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung lehnt den Kompromiss ab

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL lehnt den Kompromiss zwischen Reichskanzler Friedrich Ebert, dem preußischen Kriegsminister und dem Vollzugsrat zum Truppeneinzug in Berlin ab. Der OHL-Plan war der Einzug von „zuverlässigen Divisionen“ bestehend aus 150.000 Mann, in voller Kriegsausrüstung mit schweren Waffen und Munition, die einen entsprechend erfolgreichen Putsch und die Niederschlagung der Revolution durchsetzen sollten.

9. Dezember 1918 – Ein Eid auf die Republik und die provisorische Regierung

Berlin * Bei Verhandlungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat wird ein Kompromiss gefunden, der den am nächsten Tag einziehenden Frontsoldaten erlaubt, Munition mitzuführen, aber keine Maschinengewehre, keine schweren Waffen und keine Panzerfahrzeuge. Die Truppen müssen sich verpflichten, „ihre ganze Kraft in den Dienst der jetzigen provisorischen Regierung zu stellen“. Reichskanzler Ebert vereidigt einige dieser Einheiten - symbolisch für das gesamte Offizierskorps - auf die Republik und die provisorische Regierung.

12. Dezember 1918 – Die USPD hält ihre ersten zwei Wahlkampf-Versammlungen ab

München * Die USPD hält ihre ersten zwei Wahlkampf-Versammlungen ab. Kurt Eisner spricht im Mathäserbräu, Hans Unterleitner im Wagnersaal. Beide wollen den Kampf für den Sozialismus mit geistigen Waffen führen.



18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

24. Dezember 1918 – Das Stadtschloss wird mit Waffen gestürmt

Berlin * Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division umstellt mit 900 Mann, sechs Geschützen und Maschinengewehren das Stadtschloss und den Marstall. Um 7:30 Uhr werden die Angehörigen der Volksmarinedivision aufgefordert, innerhalb von zehn Minuten den Stadtkommandanten Otto Wels samt seinen Mitgefangenen auszuliefern, die Waffen niederzulegen und die Gebäude zu verlassen. Um 7:40 Uhr werden das Stadtschloss und der Marstall von den Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division beschossen. Weitere zehn Minuten später wird das Schloss gestürmt und gegen 8:10 Uhr haben die Angreifer das Stadtschloss erobert. Beim Marstall dauert es etwas länger.

28. Dezember 1918 – Julius Lehmann wird verhaftet



München * Julius Lehmann, Mitglied der Thule-Gesellschaft, wird erstmals verhaftet. Bei einer Durchsuchung seines Verlags wird das inzwischen umfangreichste Waffenlager entdeckt. Da nützt ihm auch die gerade erteilte Bürgerwehr-Erlaubnis nichts. Er wird ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, anschließend ins Gefängnis Neudeck gebracht. Wie aus Briefen Lehmanns hervorgeht, vertreibt er sich hier die Zeit mit antisemitischer Literatur, die ihm von der Gefängnisleitung zur Verfügung gestellt wird.

30. Dezember 1918 – Diskussionen ohne geistige Schranken

München-Isarvorstadt * In den Kolosseums-Bierhallen haben sich einige Hundert Internationale Kommunisten versammelt. Sie diskutieren das Für und Wider einer Bewaffnung des revolutionären Proletariats, einer Sabotierung der Nationalversammlungswahlen, einer Lynchjustiz am Erzbischof von München und Freising, Michael von Faulhaber, einer Aburteilung von Erhard Auer und Johannes Timm durch einen Staatsgerichtshof und den Kampf mit den Waffen der Gewalt, nicht mit geistigen Waffen. Es sind Diskussionen ohne geistige Schranken, keine Beschlüsse!

2. Januar 1919 – Zeitungen kritisieren das zügellose Treiben in der Silvesternacht

München * In mehreren Münchner Zeitungen wird das „zügellose Treiben“ und die „unsinnige Schießerei mit scharfer Munition“ in der Silvesternacht kritisiert. Viele Waffen befänden sich in unverantwortlichen und unkontrollierten Händen.

6. Januar 1919 – Den Rat der Volksbeauftragten mit Waffengewalt stürzen

Berlin * Der KPD-Führer Karl Liebknecht möchte - gegen den Rat von Rosa Luxemburg - den Rat der Volksbeauftragten mit Waffengewalt stürzen. Damit könnten die für den 19. Januar angesetzten Wahlen zur Nationalversammlung verhindert werden.

9. Januar 1919 – Der Revolutionsausschuss ruft zum Kampf gegen die Judasse auf

Berlin * Die Revolutionären Obleute, der Zentralvorstand der Berliner USPD und der KPD rufen in einem gemeinsamen Aufruf den Kampf auf gegen „die Judasse in der Regierung. [...] Sie gehören ins Zuchthaus, aufs Schafott. [...] Gebraucht die Waffen gegen eure Todfeinde.“



11. Januar 1919 – Waffengebrauch wird durch Trommelwirbel angekündigt

München * Einen Tag vor den Wahlen zum Bayerischen Landtag werden aufgrund der am Tag zuvor erfolgten Vorgänge vom Polizeipräsidenten Josef Staimer und vom Stadtkommandanten Oskar Dürr der Einsatz von Waffen gegen Demonstranten und Ansammlungen angedroht: „Waffengebrauch wird, soweit möglich, durch Trommelwirbel angekündigt.“ In einer Matrosenversammlung sprechen sich Ministerpräsident Kurt Eisner und Stadtkommandant Oskar Dürr „gegen den Terror der Straße“ aus. Die Mehrzahl der für die Tumulte Verantwortlichen bezeichnen sie als „Verbrecher“. Die geplanten Versammlungen auf der Theresienwiese werden abgesagt.

13. Januar 1919 – Zivilisten müssen alle Schusswaffen abgeben

Berlin * Die Regierung Ebert verordnet, dass die Zivilbevölkerung innerhalb von 24 Stunden alle Schusswaffen abgeben muss. Zuwiderhandlungen werden mit Geld- und Gefängnisstrafen geahndet.

16. Januar 1919 – Scheidemann zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Berlin * Philipp Scheidemann erklärte zum Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht folgendes: „Ich bedauere den Tod der beiden aufrichtig aus gutem Grunde. Sie haben Tag für Tag das Volk zu den Waffen gerufen und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert. Sie haben Spazierfahrten durch Berlin mit Maschinengewehren veranstaltet, die sie uns wiederholt vor die Reichskanzlei führen, sie haben Tag für Tag ihre Anhänger bis zur Siedehitze aufgepeitscht. Sie haben, nachdem durch ihre Schuld Arbeiter- und Soldatenblut in Strömen geflossen, uns als Mörder und Bluthunde Tag für Tag in ihren Zeitungen und in ihren Versammlungen beschimpft. So sind sie selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Terrortaktik geworden.“ Und weiter meint er: „Bei Frau Luxemburg, einer hochbegabten Russin, ist mir der Fanatismus begreiflich, nicht aber bei Liebknecht, dem Sohn Wilhelm Liebknechts, den wir alle verehrten und noch verehren. Sein Sohn, der nunmehr tote Karl Liebknecht, hat sich leider vollkommen in die russisch-terroristische Taktik einspannen lassen.“ Zur Rechtfertigung seiner Person und seiner Regierung äußert er sich: „Wenn mein wahnsinniger Bruder die Flinte auf mich anlegt, so kann ich, wenn es [um] mich allein geht, mich erschießen lassen, um sein Blut zu schonen, aber wenn ich im Begriffe bin, mich in ein brennendes Haus zu stürzen, um Weib und Kind zu retten, und der wahnsinnige Bruder legt dann auf mich an, dann hilft nichts mehr, dann muss ich mich gegen ihn zur Wehr setzen, denn dann geht es nicht mehr um mich, sondern um



viele andere.“

16. Februar 1919 – Der Waffenstillstand wird auf unbestimmte Zeit verlängert

Berlin - Paris - London * Der am 11. November 1918 abgeschlossene Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und den Entente-Staaten wird auf unbestimmte Zeit verlängert.

21. Februar 1919 – Die Öffentlichkeit reagiert politisch desorientiert

München * Die Öffentlichkeit, die das feige Attentat auf Kurt Eisner verabscheut, reagiert politisch desorientiert. Das wirkt sich in einem Zweifel an der Richtigkeit der Wiedereinführung des Parlamentarismus aus und führt zu einer raschen Wiederbelebung der Tätigkeit der Räte. Oskar Maria Graf beschreibt in „Wir sind Gefangene“ die Situation: „Ich sah Zitternde, ich sah Wutblasse und Blutgierige. Überall wiederholte sich das gleiche Schreien nach Rache. Die Massen kamen ins Treiben, der Strom floss durch die Stadt. Das war anders, ganz anders als am 7. November. Wenn jetzt einer aufgestanden wäre und hätte gerufen: ‚Schlachtet die Bürger! Zündet die Stadt an! Vernichtet alles!‘ es würde geschehen sein. Die tausend kleinen Stürme hatten sich vereinigt, und ein einziger dumpfer, dunkler, ungewisser Losbruch begann. Ich spürte es an mir am genauesten: Noch nie war ich so völlig Massentrieb gewesen wie jetzt, noch nie war ich so eins mit den Tausenden. Auf die Theresienwiese jagten die Züge. Unter der Bavaria redeten viele; Toller trug ein Gedicht vor. Die Frauen wurden ergriffen davon, die Männer schrieten nach Waffen. Dann wurde verkündet, im Zeughaus seien sie. Ein dichter Haufen zog dahin ab, ich lief mit dem Zug wieder in die Stadt. Voran marschierten Matrosen und Soldaten wie zum Sturm. Die roten Fahnen wehten. Die verschlossenen Türen des Deutschen Theaters wurden eingeschlagen, die Scheiben klirrten, es krachte, und alles peitschte in den Saal. ‚Der Arbeiter- und Soldatenrat tagt von heute ab in Permanenz!‘ brüllte ein Matrose.“

23. Februar 1919 – Arbeiter können unter bestimmten Umständen eine Waffe erhalten

München-Theresienwiese * Auf der Theresienwiese versammeln sich gegen 13 Uhr mehrere Tausend Personen. Hier können freigewerkschaftlich organisierte oder einer sozialistischen Partei zugehörige Arbeiter eine Waffe erhalten, wenn sie mindestens 20 Jahre alt und an der Waffe ausgebildet sind. Ob und in welcher Anzahl Waffen ausgegeben wurden, ist unklar. Gegen 16 Uhr formiert sich ein Demonstrationzug zur Innenstadt, der sich am Schiller-Denkmal auflöst.



28. Februar 1919 – Alle Schusswaffen bis zum 3. März abgegeben werden

München * Laut einer Anordnung der Polizeidirektion müssen alle Schusswaffen bis zum 3. März abgegeben werden.

3. März 1919 – Die Kasernenräte kritisieren die Ausgabe der Waffen an die Arbeiter

München * Die Kasernenräte kritisieren in einem öffentlichen Aufruf die Ausgabe der Waffen an freigewerkschaftlich organisierte und sozialistischen Parteien angehörenden Arbeitern, weil dabei Spartakisten bevorzugt worden sein sollen.

3. März 1919 – Die Frist zur Abgabe aller Schusswaffen endet

München * Die polizeilich vorgegebene Frist zur Abgabe aller Schusswaffen endet an diesem Tag.

7. März 1919 – Eine Bande plündert Villen im Osten der Stadt

München-Bogenhausen * Eine Bande plündert Villen im Osten der Stadt. Mit Gewehren, Pistolen und Handgranaten stürmen sie die Häuser und rauben Bargeld, Schmuck, Waffen und sonstige Wertgegenstände.

9. März 1919 – Angriff gegen die Aufständischen mit schweren Waffen

Berlin * Die Reichsregierung will als Reaktion auf den Guerillakrieg der Aufständischen diese mit einer Einschnürungsoperation niederkämpfen. Der Vorwärts erklärt seinen Lesern, dass das Ziel der Operation darin besteht, den Feind „konzentrisch einzuschließen und von allen Zufuhren abzuschneiden“. Es erfolgt ein fortgesetzter Angriff von Artilleriegeschützen, Mörsern, Maschinengewehren, Jagdflugzeugen und Handgranaten. Auf die zivile Bevölkerung wird in dem dicht bebauten Wohngebiet keine Rücksicht genommen.

7. April 1919 – Brüderliche Grüße nach Moskau



München * Der Volksbeauftragte für Äußeres, Dr. Franz Lipp, ein Stuttgarter Schriftsteller und Journalist, informiert die Regierungen von der Gründung der Räterepublik Bayern und übermittelt „brüderliche Grüße“ nach Moskau. Die lesenswerte Depesche lautet: „Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammen geschlossen, mit Bauernbund einig. Klerikal uns wohlgesinnt. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwapfnet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, der aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns von Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen, dabei trafen die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut. Wir erhalten Kohle und wir erhalten Lebensmittel in reichlichen Mengen aus der Schweiz und aus Italien. Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant: Ewigen Frieden 1795 Thesen 2 bis 5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges.“

11. April 1919 – Entwaffnung der Bourgeoisie angeordnet

München * Um 19 Uhr ordnet der Revolutionäre Zentralrat (Ernst Toller) die Entwaffnung der Bourgeoisie an. Die bürgerliche Bevölkerung muss innerhalb von 24 Stunden die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abliefern. Toller veranlasst auch die Entwaffnung der Polizei. Er befürchtet, dass die Beamten, die bereits im Königreich ihren Dienst verrichtet haben, sich bei einer Gegenrevolution auf die Seite der Putschisten stellen werden.

11. April 1919 – Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung werden geschmiedet

Bamberg * Der Kommandant der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, arbeitet gemeinsam mit Ministerpräsident Johannes Hoffmann und dem Minister für militärische Angelegenheiten, Ernst Schnepfenhorst, Pläne für einen Putsch gegen die Räteregierung aus. Dieser soll - so die Absprache - in der Nacht vom 15. zum 16. April erfolgen. Ministerpräsident Hoffmann zögert noch, da er nicht mit Waffengewalt gegen Münchner Arbeiter und Sozialisten vorgehen möchte. Militärminister Ernst Schnepfenhorst möchte einen „klinischen Putsch“ durchführen. Darunter versteht er den Sturz der Regierung durch eine militärische Überrumpelung ohne großes Blutvergießen.

13. April 1919 – Kommunisten besetzen das Waffendepot in der Ausstellungshalle



München-Ludwigsvorstadt * Kommunistische Arbeiter und Soldaten besetzen das Waffendepot in der Ausstellungshalle auf der Theresienhöhe.

14. April 1919 – Die Münchner Bürger müssen ihre Waffen abgeben

München * Die Münchner Bürger müssen innerhalb von 12 Stunden jede Art von Waffen bei der Stadtkommandantur abgeben. Im Weigerungsfall wird mit Erschießung gedroht. Andererseits werden die Arbeiter von den neuen Machthabern bewaffnet. Die Bewaffnung erfolgt in den Betrieben. Die Arbeiter müssen die Waffen immer bei sich tragen.

16. April 1919 – Bewaffnung und militärische Organisation der Arbeiterschaft

München * Eugen Leviné spricht vor einer Vollversammlung der Räte zur Bewaffnung und der militärischen Organisation der Arbeiterschaft: „Es nützt nichts, dass wir die Waffen haben und nicht auch gleichzeitig alle anderen Sicherungen treffen, um der Situation gewachsen zu sein. [...] Was wir jetzt durchleben ist nicht eine Periode des plötzlichen Umschwungs, sondern es beginnt jetzt ein schwerer Kampf, und deshalb müssen wir verlangen, dass alle Mann an Bord bleiben.“

16. April 1919 – Die Regierung Hoffmann ruft zur Befreiung Münchens auf

München * Die Regierung Hoffmann lässt Flugblätter über der Stadt abwerfen. Unter der Überschrift „In München rast der russische Terror“ fordert sie die Bevölkerung des Freistaats Bayern zur Befreiung Münchens mit Waffengewalt auf.

16. April 1919 – Ernst Toller setzt auf Verhandlungen mit den Angreifern

Dachau * Ernst Toller, der zwischenzeitlich zum Abschnitts-Kommandanten der bei Dachau stationierten Roten Armee ernannt worden ist, verweigert Rudolf Egelhofers Befehl, die Stadt mit Artillerie zu beschießen. Toller will mit den Angreifern verhandeln. Nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, gelingt der Roten Armee ein weiterer Sieg über die Regierungstruppen. Egelhofers Befehl, die gefangen gesetzten Offiziere standrechtlich zu erschießen, wird von Ernst Toller erneut verweigert. Er setzt auch weiterhin auf Verhandlungen und die Vernunft beider



Seiten. Damit erreicht er zwar einen Waffenstillstand, der jedoch den Regierungstruppen die dringend notwendige Atempause verschafft, um sich zu sammeln und um den Gegenschlag vorzubereiten. Außerdem ersuchen die Weißen in Berlin um Verstärkung nach. Die Weißen Truppen haben Dachau bedingungslos übergeben. Der Roten Armee fallen mehrere Millionen Schuss Infanterie-Munition, 4 Geschütze, 3 Maschinen-Gewehre, Sanitätsfahrzeuge und anderes Material in die Hände. „Wir machten mehrere Hundert Gefangene, darunter 4 Offiziere. Wir beklagen 8 Tote und eine Zahl Verwundete. Unsere Arbeiter und Truppen schlugen sich hervorragend. Unsere Truppen sind über Dachau hinaus vorgestoßen“, heißt es in einem Flugblatt des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Münchens vom 17. April.

28. April 1919 – Giesinger Kommunisten stürmen das Polizeipräsidium

München-Kreuzviertel * Am Abend stürmen achtzig bis einhundert Giesinger Kommunisten das Polizeipräsidium, entwenden und vernichten Material des Erkennungsdienstes und der Fahndungsabteilung und verwüsten das Gebäude. Wertgegenstände und Waffen werden gestohlen. Die Steckbriefsammlung, die Akten der Zigeuner-Nachrichtenstelle und die Einwohnerlisten türmen sich meterhoch in den Höfen des Präsidiums. Sie werden teilweise mit Benzin übergossen und angezündet.

29. April 1919 – Hinrichtungen in Starnberg von württembergischen Regierungssoldaten

Starnberg * In Starnberg marschieren Regierungstruppen ein. Es folgt ein ungleicher Kampf: Die Roten verfügen über etwa 100, die Weißen über 2.000 Männer. Die Weißen Truppen, darunter die „Gruppe Seutter“, ein Kampfverband aus Württemberg, verhaften in Starnberg Männer, von denen sie glauben, dass sie feindliche Sparakisten wären. Sie werden eingesperrt und ein paar Stunden später auf der Bleicher-Wiese erschossen. Die 27 Spartakisten, andere Quellen sprechen sogar von 37 Kommunisten, werden ermordet, weil sie angeblich Waffen bei sich getragen haben. Diese Anschuldigungen werden mittlerweile bezweifelt. Auch die unbeteiligte Kunstmalerin Sophie Banzer befindet sich unter den Opfern. Sie hatte sich eine rote Bluse angezogen und wird deshalb auf ihrem Anwesen getötet.

29. April 1919 – Rudolf Egelhofer ruft den sofortigen Generalstreik aus

München - Schleißheim - Starnberg * Rudolf Egelhofer, der Oberkommandierende der Roten Armee, ruft den sofortigen Generalstreik aus. Denn: in Schleißheim stehen schon



die „Söldner des Kapitalismus“, in Starnberg haben die „weißgardistischen Hunde die Sanitätsmannschaften niedergemetzelt“, deshalb „Alle Mann zu den Waffen! Zeigt der weißen Garde, wie die Rote Armee zu siegen versteht!“

30. April 1919 – Der neue Aktionsausschuss will die Waffen niederlegen

München - Bamberg * Der neue Aktionsausschuss wendet sich an Ministerpräsident Johannes Hoffmann und erklärt sich bereit, die Waffen niederzulegen. Voraussetzung ist, dass die Weißen Truppen die Stadt nicht betreten werden. Ministerpräsident Hoffmann lehnt das Ansinnen mit den Worten ab: „Bedingung ist unannehmbar. Legt die Waffen nieder, jeder Widerstand ist nutzlos.“

1. Mai 1919 – Die Gegenrevolution marschiert

München * In aller Frühe kann die Republikanische Schutztruppe das Luitpold-Gymnasium erobern und große Mengen Waffen erbeuten.

1. Mai 1919 – Egelhofers Befehl zum Niederlegen der Waffen

München * Der Oberkommandierende der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, befiehlt in einem Tagesbefehl unter der Parole „Trotzki“ die Waffen niederzulegen.

1. Mai 1919 – Das Freikorps Lützow erobert die Kirchenschule

München-Haidhausen * Erste Abteilungen der Regierungstruppen dringen in Richtung östliche Vorstädte vor und erobern die Gasfabrik am Kirchstein in Steinhausen. Um 9:30 Uhr stürmen Angehörige des Freikorps Lützow - von Berg am Laim aus kommend - die von der Roten Armee besetzte Kirchenschule in Haidhausen, verteilen die erbeuteten Waffen an unbewaffnete Bürger und sympathisierende Anwohner. Später dringen sie bis zur Neuhauser Straße vor, müssen sich aber kurz darauf wieder zurückziehen.

1. Mai 1919 – Regierungstruppen besetzen das Maximilianeum



München-Haidhausen * Regierungstruppen besetzen das Maximilianeum und stellen in zwei Studentenzimmern Maschinengewehre auf. Ein Waffenlager mit weiteren acht MGs und achthundert Gewehren wird angelegt und im Keller Pferdestallungen eingerichtet - dies alles, um von hier aus München zu befreien.

1. Mai 1919 – Kämpfe: Der Stachus-Kiosk brennt lichterloh

München * Am Nachmittag dringen eigenmächtig operierende Freikorps von der Residenz aus bis zum Lenbachplatz vor. Die Marine-Brigade Ehrhardt erreicht - von Schleißheim kommend - gegen Mittag Schwabing und beteiligt sich später an den Kämpfen am Stachus. Auch aus Regensburg stammende Soldaten sowie Angehörige des Freikorps Grafing und die Batterie Zenetti sind an diesen Kämpfen beteiligt. Dort entfacht sich ein mehrstündiges Gefecht. Die Rotarmisten leisten erbitterten Widerstand und verteidigen den Stachus mit Gewehrfeuer. Ein Zeitzeugenbericht schildert die weiteren Ereignisse: „Mittlerweile hatten die Regierungstruppen bei der Anlage an der Deutschen Bank ein Geschütz in Stellung gebracht und eine Brandbombe in den Kiosk gesetzt, der bald lichterloh aufflammte und die Roten Gardisten zwang, ihren verzweiferten Widerstand aufzugeben und sich gegen die protestantische Kirche und das Kaufhaus Horn zurückzuziehen. Bald war der Karlsplatz zum wütendsten Kampfplatz geworden. [...] Gegen Abend bekamen die Regierungstruppen Verstärkungen von der Herzog-Wilhelm-Straße und dem Sendlingertor-Platz her. Die Rotgardisten wurden über den Karlsplatz in den Justizpalast und gegen die Elisenstraße geworfen, von wo aus sie heftigen Widerstand leisteten. Das an der Deutschen Bank postiert gewesene Geschütz wurde infolgedessen bis zum Wittelsbacher-Brunnen zurückgezogen und beschoss in den Nachmittagsstunden den Justizpalast, der an der gegen den Stachus gerichteten Seite zwei Treffer im dritten Stock erhielt. [...] Viele Spartakisten flüchteten in den Mathäser“. Doch es gibt auch Gegenwehr von anderer Seite, die die Weißen Truppen letztlich zum Abziehen zwingen. Dazu zählen auch die Teilnehmer der Maikundgebung auf der Theresienwiese, die dort „waffenlos demonstriert“ haben und sich nun auf dem Nachhauseweg befinden.

1. Mai 1919 – Die Betriebs- und Soldatenräte fordern zur waffenlosen Demonstration auf

München * In einem anderen Pakataufruf der Betriebs- und Soldatenräte Münchens wird aufgefordert „waffenlos“ auf einer Maikundgebung auf der Theresienwiese zu demonstrieren. Die Räte „protestieren mit Entrüstung gegen die fluchwürdigen Verbrechen jener Elemente, welche durch ihr Handeln die heilige Sache des Proletariats im Kampf für die Menschlichkeit verraten haben“. Sie fordern auf: „Soldaten! Laßt Eure Waffen in den Kasernen! Arbeiter! Laßt Eure



Waffen in den Betrieben! Kommt mit den Frauen und Kindern heraus auf alle großen Plätze und Wiesen! Ungebeugt wird das Proletariat an diesem Tage seine Räte und den Geist seiner Räterepublik hochhalten. Es lebe der Rätegedanke!“

4. Mai 1919 – Kolbermoor ergibt sich widerstandslos

Kolbermoor * Widerstandslos ergibt sich das rote Kolbermoor den Weißen Truppen. In der Gemeinde hängen Plakate, die zur kampflosen Übergabe aufrufen. Waffen und Munition stehen zur Ablieferung bereit.

7. Mai 1919 – Ultimativer Aufruf zur Abgabe der Waffen

München * Stadtkommandant Adolf Herrgott (der heißt tatsächlich so) fordert in einem mit „Letzte Warnung“ überschriebenen Aufruf zur endgültigen Ablieferung aller Waffen bis spätestens 8. Mai 1919, 18 Uhr, auf. Anderenfalls droht die Bestrafung nach dem Kriegszustandsgesetz.

10. Mai 1919 – Zurückgegebene Waffenarsenale

München * Seit dem Einmarsch der Weißen Truppen wurden folgende Waffen abgeliefert: 169 leichte Geschütze, 11 schwere Geschütze, 760 Maschinengewehre, 21.351 Gewehre, Karabiner und Pistolen, 70.000 Stichwaffen, 300.000 Handgranaten und 8 Millionen Patronen.

14. Mai 1919 – Forderungen der bürgerlichen Parteien an die Regierung

München * Die bürgerlichen Parteien in München fordern von der Regierung: Die sofortige Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände; die Wiederaufnahme eines geregelten Polizeibetriebes; die Entwaffnung der Roten Armee; die Aufstellung einer Volkswehr; durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Verfassung; die Festnahme und Bestrafung der für die ungesetzlichen Zustände verantwortlichen Führer und die Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien landfremden Elemente. Da die Abgabe der Waffen und Munition nur zögerlich vonstatten geht, werden Belohnungen ausgesetzt.

21. Dezember 1919 – Karl Valentin bekommt einen Waffenschein



München * Karl Valentins Gesuch um Ausstellung eines Waffenscheins wird von der Polizeidirektion genehmigt.

15. Mai 1924 – Der Hitler-Ludendorff-Prozess endet

München-Neuhausen • Drei weitere Prozesse gegen die am Hitler-Ludendorff-Putsch Beteiligten finden noch bis Mitte Mai 1924 statt wegen der Angriffe auf die „Münchener Post“, der Beschlagnahme von Banknoten in Druckereien und Waffendiebstahls.

22. Juni 1940 – Josephine Baker im Widerstand

Paris • Nach dem Waffenstillstand von Compiègne vom 22. Juni 1940 arbeitet Josephine Baker für die Résistance, der Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Frankreich. Auf ihrem Schloss Les Milandes, das einige Zeit in der unbesetzten Zone lag, versteckt sie Flüchtlinge, die von den Nationalsozialisten gesucht werden: Mitglieder der Résistance und Juden. Zudem wird sie Mitarbeiterin des französischen Nachrichtendienstes, wo sie als Kurier zum Einsatz kommt. Um die transportierten Geheiminformationen zu verstecken, werden diese zum Teil in unsichtbarer Tinte auf den Partituren Bakers notiert. Einige Dokumente versteckt sie auch in ihrer Unterwäsche, da ihr als Berühmtheit nicht die Gefahr einer Leibesvisitation droht.

23. Juni 1966 – Die Beatles kommen nach München

London - München * Um 11:20 Uhr heben die Beatles mit dem Flug BE502 mit der BEA-Linienmaschine Comet IV vom Londoner Flughafen ab, um um 12:56 Uhr in München-Riem zu landen. Endlich sind sie da. George Harrison, Paul McCartney, John Lennon und Ringo Starr treffen erstmals und höchstpersönlich in München ein. Und als „die vier Sängerknaben mit der Mädchenfrisur“ das Flugzeug verlassen, werden sie „von lustigen Teenagern zumeist“ begeistert empfangen. Man hat sie bis zur Landung des Flugzeugs mit Beatmusik bei Laune gehalten. Die Mädchen tragen Pony, die Haare hochtupiert, sowie bonbonfarbene, schenkelkurze Op-Art-Kleidchen und Pumps. Die Burschen bekleiden sich mit hautengen Jeans und schwarzen T-Shirts oder geblühten Hemden. Ihre Haare bedecken zwar die Ohren, reichen aber noch nicht bis zur Schulter. Dazwischen sind auch „einige wüstere Typen mit verfilztem, schulterlangem Haar, im obligatorischen Snow Coat mit aufgemalten Atomwaffengegner-Abzeichen“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Die Mädchen halten bemalte Schilder hoch und alles sieht friedlich



aus. Doch es muss schon ein sehr trügerischer Friede sein, denn auf je fünf Fans kommt ein Polizist. 200 Staatliche Ordnungskräfte sorgen für einen reibungslosen Ablauf. Außerdem ist die Straße rechts vom Hauptgebäude auf einer Länge von fast einhundert Metern abgesperrt worden. Noch auf der Rolltreppe werden die Fab Four mit extrem saublöden Fragen interviewt. Ringo Starr antwortet auf dem Flughafen auf die Frage eines Reporters: „Warum stehen Sie immer so spät auf?“ mit der Gegenfrage: „Wollen Sie schon in aller Frühe unseren Lärm hören?“ Total unverständlich findet der Münchner Merkur die Popularität der Beatles, da die Vier doch nur Nachteile vorzuweisen hätten: „Der kurzsichtige John Lennon, der Linkshänder Paul McCartney, George Harrison mit den abstehenden Ohren und Ringo Starr mit der übergroßen Nase.“ Außerdem überreicht man ihnen Lederhosen mit Hirschknöpfen und weiße leinene Trachtenhemden. Schon während des Flugs hat man ihnen einen Tirolerhut übergeben, den der „großnasige“ Ringo beim Verlassen des Flugzeugs zu seiner braunen Lederjacke trägt. „Machen Sie Platz für die Beatles!“. Die Ampeln sind für die vier Musiker auf Grün gestellt. So fahren sie über die Prinzregentenstraße, vorbei an den Vieltausenden, Fähnchen schwenkenden, „Yeah-yeah-yeah!“ kreischenden Münchner Beatles-Fans. Es herrscht einfach eine freundliche Stimmung an diesem 23. Juni 1966. In dem Auto mit dem Kennzeichen M-TX 107 sitzen die Beatles. Um den wartenden Fans zu entkommen, fährt der Mercedes die Tiefgarage von hinten an, sodass die Gruppe um 13:45 Uhr das Hotel durch den Lieferanteneingang betreten kann. Während die Musiker durch den Hintereingang verschwinden, warten auf dem Promenadeplatz etwa 3.000 Fans und Neugierige mit Transparenten. Neun Hausdiener und eine Handvoll Polizisten sollen den Bayerischen Hof gegen den Ansturm der Beatles-Fans verteidigen. „Die Scheiben sind vorsorglich beim Glaser bestellt“, diktiert Hotelchef Falk Volkhardt einem Reporter in den Block. Nichts passiert. Nur junge Frauen und Männer warten auf dem Promenadeplatz sehnsüchtig auf den Augenblick, dass sich ihre Idole an einem der Fenster zeigen. Oben im fünften Stock tun diese den Fans ein einziges Mal den Gefallen und treten ans Fenster, um ein paar Autogramme auf die Straße zu werfen. Für 16:00 Uhr ist im Nachtclub des Hotels Bayerischer Hof eine Pressekonferenz anberaumt. Diese beginnt 20 Minuten später, weil der Fahrstuhl stecken bleibt. Statt der erlaubten 10 haben sich 15 Personen in den Aufzug gequetscht. Zuerst werden Fotos der Fab Four geschossen, danach dürfen die Journalisten die Beatles 13 Minuten befragen. Dazwischen bekommen sie noch den „Goldenen BRAVO Otto“ in der Kategorie Beste Beatband überreicht. Zur gleichen Zeit tagt im Polizeipräsidium an der Ettstraße ein Krisenstab, denn den deutschen Behörden und der Polizei waren Popstars samt den kreischenden Fans ausgesprochen befremdlich. Aus Anlass des Beatles-Gastspiels richtet man in München einen Krisenstab ein, dem der Polizeipräsident, zwei Einsatzleiter und ein erst kurz zuvor installierter psychologischer Fachmann angehören. Deeskalation fordert der Psychologe, was natürlich umfangreiche polizeiliche Vorbereitungen notwendig macht, um Massenaufläufe möglichst zu verhindern oder zumindest unter Kontrolle zu halten. So



bekommen die Beatles die Kehrseite ihres Ruhmes zu spüren. Ihnen wird ein abendlicher Schwabing-Bummel aus Sicherheitsgründen verboten, weshalb sie die ganze Zeit ihres München-Aufenthaltes im Bayerischen Hof verbringen müssen. Die Abendzeitung schreibt beschwichtigend: „Die Herren tragen zwar unorthodoxe Haartracht und veranstalten einen für musikalische Ohren beschwerlichen Lärm, aber im Grunde sind sie harmlos und übermütig, und in ihren Liedern kommt nichts Unanständiges vor.“ Die Polizei hat eine Fälscherbande hochgenommen, die 125 gefälschte Eintrittskarten für die Beatles-Konzerte zu Horror-Preisen verkauft hat. Am frühen Abend machen die Beatles eine Generalprobe auf ihrem Zimmer, da sie bis zum 21. Juni 1966 jeden Tag mit den Aufnahmen zur LP „Revolver“ beschäftigt waren. Gegen 21:30 Uhr betreten die vier Beatmusiker das 16 Meter lange Schwimmbad auf dem Dach des Hotels Bayerischer Hof, das extra für die Beatles reserviert und eigens für diesen Zweck mit neuem Wasser gefüllt worden war. Der einzige Schwimmer ist Paul, der sich mit einer geliehenen Badehose in die Fluten stürzt, während die drei anderen „kühles Nass aus Whiskeyflaschen“ vorziehen. Fortsetzung folgt !

2005 – Aufruhr um die Plastikmass

2005: München * Der Löwenbräu-Festwirt Ludwig „Wiggerl“ Hagn schlägt vor, auf dem Oktoberfest versuchsweise Masskrüge aus Kunststoff einzusetzen. Die Idee stößt auf heftigen Widerstand. Dabei liegen die praktischen Vorteile für Hagn auf der Hand: Kunststoffkrüge sind fast einen Kilogramm leichter als Glaskrüge, nahezu unzerbrechlich und lassen sich nach dem Spülen schneller abkühlen. Auch die Bedienungen müssten deutlich weniger Gewicht tragen. Hagn verweist auf die Bilanz des vorausgegangenen Oktoberfests: Rund 36.000 Masskrüge sind in seinem Festzelt abhandengekommen; viele werden als Souvenir mitgenommen, ein großer Teil geht jedoch zu Bruch. Nach seinen Angaben liegen zuletzt mehr als 26 Tonnen Glasscherben auf dem Zeltboden. Auch die Polizei begrüßt den Vorschlag, da gläserne Masskrüge bei Auseinandersetzungen als gefährliche Waffen eingesetzt werden können. Für viele Münchner und Wiesnwirte gehört der schwere Glaskrug jedoch untrennbar zum Oktoberfest. Sie vermissen vor allem das vertraute Klirren beim Anstoßen und fürchten um die Tradition der Wiesn. Hagn macht den geplanten Versuch schließlich von der Zustimmung der Gäste abhängig. Die Kunststoffmass setzt sich nicht durch.
